



MPIfG Working Paper 11/1

Johannes Pennekamp

Wohlstand ohne Wachstum

Ein Literaturüberblick

MPIfG Working Paper

anck Institute
for the Study of Societies

Johannes Pennekamp
Wohlstand ohne Wachstum: Ein Literaturüberblick

MPiFG Working Paper 11/1
Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln
Max Planck Institute for the Study of Societies, Cologne
January 2011

MPiFG Working Paper
ISSN 1864-4341 (Print)
ISSN 1864-4333 (Internet)

© 2011 by the author

Johannes Pennekamp was a visiting researcher at the Max Planck Institute for the Study of Societies in the fall of 2010.

jp@weitwinkel-reporter.de

MPiFG Working Papers present ideas that could guide future scholarly research. They may also draw out the implications of available knowledge for a better understanding of public-policy issues. MPiFG Working Papers are refereed scholarly papers.

Downloads

www.mpifg.de

Go to *Publications / Working Papers*

Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung
Max Planck Institute for the Study of Societies
Paulstr. 3 | 50676 Cologne | Germany

Tel. +49 221 2767-0

Fax +49 221 2767-555

www.mpifg.de

info@mpifg.de

Abstract

Can there be prosperity without economic growth? This paper provides an overview of the relevant publications of the last decade dealing with this question. Surveyed issues include the reasons for and characteristics of growth-skepticism; alternative welfare indicators; and alternatives to growth economics. Among other things, it is found that there is a lack of macroeconomic models for a post-growth economy that would allow forecasts of the socio-economic impact of low growth. Exceptions are the multidisciplinary concept of “degrowth” and Peter Victor’s LowGrow model. Both advocate working time reduction combined with a redistribution of work. The paper concludes by pointing out a need for further research on how democracy can function with low economic growth, or without it.

Zusammenfassung

Ist gesellschaftlicher Wohlstand ohne ökonomisches Wachstum möglich? Dieses Paper gibt einen Überblick über jüngere wissenschaftliche Veröffentlichungen zum Thema. Schwerpunkte sind Begründungen und Ausprägungen von Wachstumskepsis, alternative Wohlstandsindikatoren und Alternativen zur Wachstumsökonomie. Deutlich wird dabei ein Manko an makroökonomisch fundierten Modellen einer Postwachstumsökonomie, die Prognosen über die sozioökonomischen Auswirkungen eines Wachstumsverzichts erlauben würden. Nennenswerte Ausnahmen sind der multidisziplinär geprägte Degrowth-Ansatz sowie Peter Victor’s LowGrow-Modell. Beiden gemein ist die Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit verbunden mit einer Umverteilung von Arbeit. Die Beantwortung der Frage, ob und wie eine Demokratie bei schrumpfender Wirtschaft funktionieren könnte, erfordert weitere Forschung.

Inhalt

1	Einleitung	5
2	Die Grenzen des Wachstums	6
2.1	Ökologische Grenzen des Wachstums	6
2.2	Lebenszufriedenheit wächst nicht mit steigendem materiellem Wohlstand	8
2.3	Ökonomische Bedenken: Wachstum als Gefahr für das Wirtschaftssystem	9
2.4	Soziale Grenzen des Wachstums	9
2.5	Physikalische Grenzen des Wachstums	9
2.6	Übererfüllung der Bedürfnisse	10
2.7	Verteidigung des Wachstumsdenkens	11
2.8	Der demografische Wandel als natürliche Wachstumsbremse in Japan	11
3	Das BIP und die alternative Wohlstandsmessung	14
3.1	Inhaltliche Kritik: Was misst das BIP und was misst das BIP nicht?	14
3.2	Kategorisierung neuer Ansätze	16
3.3	Der umfassende Ansatz der Stiglitz-Kommission	21
4	Alternativen zu bestehenden ökonomischen Modellen und Gesellschaftsformen	22
4.1	Maßvoll wachsen	23
4.2	Nullwachstum: Nicht wachsen und nicht schrumpfen	27
4.3	Degrowth: Bewusst schrumpfen	34
5	Fazit	38
	Literatur	39

1 Einleitung

Ist gesellschaftlicher Wohlstand ohne ökonomisches Wachstum möglich? Diese Frage, die seit mehreren Jahrzehnten in verschiedenen Wissenschaftsdisziplinen, etwa in der (Umwelt-)Ökonomie und in den Sozialwissenschaften, immer wieder gestellt wurde, scheint spätestens durch die Finanzkrise und die drastisch vor Augen geführte Instabilität des auf Wachstum fokussierten Wirtschaftsmodells weite Teile der Bevölkerung zu beschäftigen. So berichtete die Wochenzeitung „Die Zeit“ am 18. August 2010 über die Ergebnisse einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts TNS Emnid: „Die Wirtschaftskrise hat die Deutschen nachdenklicher und wachstumskritischer gemacht. Mag sein, dass die Konjunktur wieder anzieht – aber nur noch ein Drittel der Bürger glaubt daran, dass das Wachstum automatisch auch ihre private Lebensqualität steigern wird“ (Pinzler 2010), heißt es in dem Artikel. Vier von fünf Befragten hätten zudem angegeben, dass „jeder seine Lebensweise dahingehend überdenken sollte, ob wirtschaftliches Wachstum für ihn alles ist“. Die Wachstumsskepsis gehe allerdings nicht so weit, dass Wachstum grundsätzlich abgelehnt werde. Mehr als 80 Prozent hielten Wachstum prinzipiell für notwendig, um für politische Stabilität zu sorgen. Die Autorin bilanziert: „Wie Demokratie funktionieren könnte, wenn die Wirtschaft wirklich dauerhaft schrumpfte – das scheint also für viele die wirklich unbeantwortete Frage zu sein“ (ebd.). Wenn diese speziellere Frage auch hier nicht abschließend diskutiert werden kann, so sollen die folgenden Kapitel doch einen Überblick über neuere wissenschaftliche Veröffentlichungen liefern, die darum kreisen, ob gesellschaftlicher Wohlstand ohne ökonomisches Wachstum möglich ist.

Kapitel 2 befasst sich mit den verschiedenen Ursachen und Begründungen von Wachstumskritik. Dass Wachstum nicht grenzenlos sein *kann* oder sein *sollte*, wird unter anderem mit der Begrenztheit natürlicher Ressourcen, einem fehlenden Zusammenhang zwischen Wachstum und Lebenszufriedenheit, systeminhärenter Instabilität des Wachstumsmodells oder aber auch mit sozialen Grenzen des Wachstums begründet. Am Beispiel Japan wird aufgezeigt, welche sozialen und ökonomischen Folgen eine alternde und schrumpfende Bevölkerung hat.

Kapitel 3 rückt die Frage in den Vordergrund, wie eine schlüssige Definition von Wohlstand aussehen kann – und wie dieser Wohlstand zu messen ist. Dabei wird die Kritik am Wohlstandsindikator, der ausschließlich die Größe des Bruttoinlandsprodukts (BIP) berücksichtigt, dargestellt und ein Überblick über alternative Wohlstandsindikatoren gegeben.

Während bis dorthin Kritik am Wachstumsmodell und der Praxis der Wohlstandsmessung zusammengefasst wird, stellt das *4. Kapitel* Alternativkonzepte zum wachstumsfokussierten Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell vor. Diese gehen davon aus, dass Wohlstand, in einem breiter verstandenen Sinn, auch ohne ökonomisches Wachstum – oder gerade durch sein Fehlen – erreicht werden kann. Dabei wird deutlich werden, dass zwar einerseits eine fundiert vorgebrachte Kritik am Wachstumsdenken existiert,

andererseits laborierte Alternativkonzepte, die die sozialen und ökonomischen Konsequenzen eines Wachstumsverzichts auf makroökonomischer Ebene modellieren und über normativ-fordernden Charakter hinausgehen, rar sind. Um die vorhandenen Ansätze systematisch darstellen zu können, werden sie nach ihrer inhaltlichen Radikalität geordnet. Maßstab hierfür ist das Ausmaß, in dem die Konzepte eine Abwendung vom Wachstumsprimat fordern. Die Ansätze reichen von Theorien, die ein Mindestwachstum für unverzichtbar halten (Binswanger), bis hin zu solchen, die ein negatives Wachstum des Bruttoinlandsprodukts als erstrebenswert ansehen.¹

2 Die Grenzen des Wachstums

Die Frage, ob Wohlstand ohne ökonomisches Wachstum möglich ist, stellt sich als Konsequenz der *Befürchtung*, Wachstum *könne* nicht unendlich fortgesetzt werden, beziehungsweise als Konsequenz der *Einsicht*, Wachstum *solle* nicht unendlich fortgesetzt werden. In diesem Kapitel werden verschiedene Ansatzpunkte und Begründungen von Wachstumskritik und Wachstumszweifeln zusammengefasst. Ökologische Begründungen (2.1) oder Rückführungen auf den fehlenden Zusammenhang zwischen Wachstum und Lebenszufriedenheit (2.2) gibt es ebenso wie inhärent-ökonomische (2.3), soziale (2.4) und physikalische Begründungen (2.5). Siegels Argument der „Übererfüllung der Bedürfnisse“ wird in Abschnitt 2.6 beleuchtet.² In Abschnitt 2.7 geht es um die Verteidigung des Wachstumsdenkens gegen die genannten Kritikpunkte. Am Beispiel der demografischen Probleme in Japan wird zudem verdeutlicht, welche sozialen und ökonomischen Folgen eine alternde und schrumpfende Bevölkerung hervorrufen kann (2.8).

2.1 Ökologische Grenzen des Wachstums

Die in der Literatur am häufigsten geäußerte Kritik am fortwährenden ökonomischen Wachstumsstreben ist die Befürchtung, dieses führe zu einer irreversiblen Schädigung der Natur. In zahlreichen Veröffentlichungen wird das ökonomische Wachstumsmodell als Ursache für die steigende Klimabelastung und die Ausbeutung natürlicher Ressourcen angesehen und deshalb verworfen (vgl. Porritt 2005). Die hier interessierende Fra-

-
- 1 Alternativ könnte man die Ansätze nach der jeweils zugrunde liegenden *Quelle der Wachstumskritik* (vgl. Kap. 2) ordnen. Der Maßstab *Radikalität* wurde hier jedoch bevorzugt, da er, anders als das Kriterium der ideologischen Herkunft, auf die inhaltliche Essenz der Ansätze abhebt.
 - 2 Baumol/Litan/Schramm (2007) nennen als eine Hauptquelle der Wachstumskritik darüber hinaus die Antiglobalisierungsbewegung. Da der Großteil der in dieser heterogenen Bewegung vertretenen Argumente in den anderen hier genannten Unterpunkten enthalten ist, wird auf die Gruppe der Globalisierungsgegner nicht gesondert eingegangen.

ge, ob Wohlstand ohne Wachstum möglich ist, steht mit dieser Problematik in engem Zusammenhang. Im Kern zielen die im Folgenden genannten Ansätze jedoch nicht auf ein neues Wohlstandskonzept, sondern auf ein ökologisch nachhaltiges Wirtschaften ab. Auf die Ansätze wird an dieser Stelle trotzdem näher eingegangen, da sie ein verringertes ökonomisches Wachstum als Folge einer ökologischen Wirtschaftsweise, beziehungsweise als Kostenfaktor, thematisieren.

Dem ersten Bericht des *Club of Rome* „The limits to growth“ (Meadows et al. 1972) kommt in dieser Gruppe von Veröffentlichungen eine Schlüsselrolle zu. Der viel beachtete Bericht warnte bereits 1972 davor, dass die Begrenztheit natürlicher Ressourcen und die Folgen von Emissionen die Steigerung der durchschnittlichen Lebensqualität im Verlauf des 21. Jahrhunderts beenden könnten. Um dies zu verhindern, plädierten die Autoren für technologische, kulturelle und institutionelle Veränderungen. Sollte nicht schonender mit den natürlichen Ressourcen umgegangen werden, prognostizierten die Forscher mithilfe mehrerer mathematischer Simulationsprozesse ein Ende des (physikalischen) Wachstums im 21. Jahrhundert, das allerdings nicht zwangsläufig zu einem „Kollaps“ führen müsse, sondern auch durch eine Änderung der Lebens- und Produktionsweise aufgefangen werden könne. Dreißig Jahre nach diesem Bericht konstatieren die Autoren in einem Update (Meadows/Randers/Meadows 2004) mehrere positive Entwicklungen: geschärftes Bewusstsein für Umweltprobleme, größerer Wohlstand in vielen Teilen der Welt, umweltschonendere Technologien. Insgesamt jedoch sehen sich die Autoren darin bestätigt, dass die Menschheit einen „overshoot“ betreibt, also „über ihre Verhältnisse“ lebt und der Begrenztheit der Ressourcen zu geringe Beachtung schenkt. Die Aufgabe bestehe darin, den ärmeren Ländern Wachstum zu ermöglichen, während der eigene „ecological footprint“ (Emissionen etc.) verringert werden müsse.

Weitere Konzepte, die mathematische Simulationsmodelle heranziehen, um die Folgen des Klimawandels auf makroökonomischer Ebene zu berechnen, sind dem Vorgehen des Club of Rome methodisch und inhaltlich ähnlich. Als eines der elaboriertesten Konzepte dieser Art ist William Nordhaus' DICE-Modell (Nordhaus 2008; Rezai 2009) zu nennen. In den mathematischen Simulationen geht es darum, herauszufinden, wie eine globale Reduktion der Emissionen möglichst kosteneffektiv herbeigeführt werden kann. Wachstumsschwund wird dabei als (notwendiger) Kostenfaktor betrachtet.

Zu den Autoren, die ihre Wachstumskritik und ihre Alternativmodelle ebenfalls mit ökologischen Argumenten begründen, gehören unter anderem Hans Christoph Binswanger (ausführlich dazu Kap. 4.1.2), Meinhard Miegel³ (2010) sowie die Verfechter des *Degrowth*-Gedankens (ausführlich dazu Kap. 4.3).

3 Miegel (2010) führt auch physikalische Begründungen an.

Decoupling-Debatte

Unter jenen, die eine Reduktion der Emissionen aus ökologischen Gründen befürworten, herrscht Uneinigkeit darüber, ob eine solche auch zwingend mit einer Reduktion des ökonomischen Wachstums verbunden sein muss. In dieser *Decoupling*-Debatte geht es darum, ob etwa technologisch bedingte Effizienzsteigerungen den Ressourcenverbrauch reduzieren können, während das Bruttosozialprodukt weiterhin steigt. Vertreter der Decoupling-These sind davon überzeugt, dass das BIP sogar gerade dann weiter anwächst, wenn ein „grüner“ technologischer Wandel in Richtung Ressourceneffizienz herbeigeführt wird, beispielsweise durch gezielte Investitionen in erneuerbare Energien (*Green New Deal*)⁴. Gegner dieser These, etwa die Mitglieder der die britische Regierung beratenden *Sustainable Development Commission*⁵, verweisen darauf, dass es zwar Anzeichen dafür gebe, dass technologischer Fortschritt den relativen Ressourcenverbrauch verringere, dass aber eine absolute Reduktion des Ressourcenverbrauchs bei anhaltendem Wachstum trotz steigender Effizienz nicht zu erreichen sei:

The truth is that there is as yet no credible, socially just, ecologically sustainable scenario of continually growing incomes for a world of nine billion people. In this context, simplistic assumptions that capitalism's propensity for efficiency will allow us to stabilise the climate and protect against resource scarcity are nothing short of delusional. (Commission 2009: 8)

Die Ablehnung der Decoupling-These in Kombination mit den für überlebensnotwendig gehaltenen Ressourceneinsparungen führt zwingend zu der Frage, welche Folgen stagnierendes Wachstum mit sich bringt, beziehungsweise zu der Diskussion, ob (neu definierter [siehe Kap. 3]) Wohlstand auch ohne Wachstum möglich ist.

2.2 Lebenszufriedenheit wächst nicht mit steigendem materiellem Wohlstand

Eine zweite Gruppe von Autoren (unter anderem Gadrey 2004; Stiglitz/Sen/Fitoussi 2009; Bley 2005) begründet ihre Kritik am ununterbrochenen Streben nach ökonomischem Wachstum mit der Annahme, es gebe nur einen schwachen Zusammenhang zwischen materiellem Wohlstand und Lebenszufriedenheit. Ab einem bestimmten Einkommensniveau sei dieser gänzlich zu vernachlässigen. Im Umkehrschluss leiten die Wissenschaftler ab, dass es sowohl eine Neudefinition des Wohlstandsbegriffs abseits der materiellen Maximierung geben müsse als auch einen neuartigen Indikator zur Erfassung dieses neu definierten Wohlstands (siehe Kap. 3). Diese Argumentation impliziert also die positive Beantwortung der Ausgangsfrage: Neu definierter Wohlstand *ist* ohne (ökonomisches) Wachstum möglich.

4 Siehe http://www.gruene.de/einzelansicht/artikel/green-new-deal-weltweit.html?tx_ttnews%5BbackPid%5D=212

5 <http://www.sd-commission.org.uk/index.php>

2.3 Ökonomische Bedenken: Wachstum als Gefahr für das Wirtschaftssystem

Weitere Autoren, allen voran der Geldtheoretiker Hans Christoph Binswanger, postulieren ein Ende des einseitigen Wachstumsdenkens mit der Begründung, dass dieses das Wirtschaftssystem selbst gefährde. Laut Binswanger (2009a: 297ff.) existierten *innere Schranken* des Wachstums. So führe ein rapides Anwachsen der Geldmenge zu spekulativen Finanzblasen und gefährlicher Instabilität: „Das plötzliche Platzen der Finanzblase im Jahr 2008 und die daraus folgende Wirtschaftskrise haben aber deutlich werden lassen, dass Wachstum des Sozialprodukts mit der Gefahr von Schäden verbunden ist, die die Funktionsweise der Wirtschaft selbst betreffen“ (Binswanger 2009b: 23). Wolle man diese Schäden vermeiden, so müsse die Wachstumsfokussierung schon allein aus ökonomischen Gründen aufgegeben werden.⁶

2.4 Soziale Grenzen des Wachstums

Fred Hirsch weist darauf hin, dass Wachstum nicht aus ökologischen oder ökonomischen, sondern aus sozialen Gründen begrenzt ist (siehe Hirsch 1977). Er begründet dies damit, dass in reicher werdenden Gesellschaften zusätzliche Güter und Dienstleistungen entstehen, die zwar von allen Konsumenten erstrebt, aber nicht von allen Konsumenten erlangt werden können (*positionale* Güter). Die Konsequenz: Materieller Reichtum entspricht nicht automatisch einer reichen Gesellschaft. Als Beispiel hierfür führt Hirsch ein abgelegenes „Haus im Grünen“ an. Dieses positionale Gut könne nur von einer begrenzten Anzahl von Personen in Anspruch genommen werden. Wenn sich bei wachsendem materiellem Wachstum bald viele Personen ein solches Haus bauen könnten, gingen die Vorzüge, allein in einsamer Umgebung zu wohnen, verloren. Diese Einschränkung stellt für Hirsch eine unüberschreitbare soziale Grenze des Wachstums dar.

2.5 Physikalische Grenzen des Wachstums

Bereits in den frühen 1970er Jahren geriet das neoklassische Wachstumsparadigma in die Kritik von Wissenschaftlern, die eine stärkere Einbeziehung naturwissenschaftlicher Gesetzmäßigkeiten in die Ökonomie forderten (vgl. Georgescu-Roegen 1971; Cleveland/Ruth 1997). Insbesondere seien die ersten beiden Hauptsätze der Thermodynamik zu beachten, welche erstens besagen, dass Energie weder erzeugt noch vernichtet, sondern lediglich in andere Energiearten umgewandelt werden kann (Energieerhaltungssatz), und zweitens, dass thermische Energie nicht in beliebigem Maße in andere Energiearten umwandelbar ist.

6 Zu Binswangers Alternativvorschlägen siehe Kap. 4.1.2.

Mehrere Autoren leiten aus diesen Gesetzmäßigkeiten ab, dass ökonomisches Wachstum nicht unendlich fortsetzbar ist. Georgescu-Roegen begründet dies unter anderem mit der Unmöglichkeit eines unendlichen Recyclings:

In fact, G-R argued that perpetual recycling would be impossible, even if unlimited energy (i.e. exergy) were available, because of entropic dissipation [...]. He argued that since production requires material and exergy resource inputs, there must be a limit to the potential for economic growth. (Ayres 1998: 475)

Um die Frage, welche Implikationen die physikalischen Gesetze für die ökonomische Theorie haben sollten, existiert seitdem eine Kontroverse, die für die aktuelle Fragestellung nur begrenzt relevant ist und auf die daher nicht im Detail eingegangen werden kann.⁷

2.6 Übererfüllung der Bedürfnisse

Unter den Veröffentlichungen, die eine Abkehr von der Wachstumsfokussierung fordern, nimmt die Policy-Studie *The End of Economic Growth* des Wissenschaftlers Charles Siegel⁸ (2006) eine besondere Stellung ein. Siegel sucht die Grenzen des Wachstums nicht bei den knappen Ressourcen, sondern beim Menschen. Er begründet seine Forderung nach einer *No-Growth Economy* damit, dass ab einem bestimmten Produktions- und Konsumniveau die menschlichen Bedürfnisse (über-)erfüllt seien: „We need to ask when growth should end because people have enough. Policies to deal with ecological problems can be successful only if we also develop economic policies that recognize the limits of human needs“ (ebd.: 1). Siegel geht davon aus, dass dieser Sättigungspunkt in Amerika bereits erreicht ist. Produktions- und Konsumwachstum wirke sich nicht mehr positiv auf den gesellschaftlichen Wohlstand aus. Im Gegenteil: Als Beleg dafür, dass Wachstum „counterproductive“ (ebd.) sei, nennt Siegel unter anderem die Bereiche Gesundheit und Städtebau, in denen quantitatives Wachstum keine Wohlstandsgewinne mehr einbringe, sondern lediglich zu unnützen Erzeugnissen und unnötigem Konsum führe. Die notwendige Konsequenz sei eine gesellschaftliche Umorientierung.⁹

7 Ausführlich zu dieser Kontroverse: Ayres (1996, 1998, 1999, 2006, 2008); Ayres/van den Bergh (2005).

8 Siegel ist Direktor des Preservation Institute in Berkeley.

9 Ausführlich: Kap. 4.2.2.1.

2.7 Verteidigung des Wachstumsdenkens

Während das Streben nach Wachstum in der Mainstream-Ökonomie oft unhinterfragt als Maßstab wirtschaftlichen Handels vorausgesetzt wird, versuchen Baumol, Litan und Schramm (2007), die meisten bis hierhin genannten Kritikpunkte aufzugreifen und aus neoklassischer Perspektive zu widerlegen und damit das Wachstumsdenken eigens zu begründen. Im Kern werden in dieser Verteidigungsschrift des Wachstumsdenkens negative Nebeneffekte des Wachstums (Umweltverschmutzung, weniger Freizeit) anerkannt. Die Autoren folgern jedoch, dass diese Nebeneffekte am besten in wohlhabenden, hoch entwickelten Gesellschaften bekämpft werden könnten, die überhaupt erst durch Wachstum entstünden.

2.8 Der demografische Wandel als natürliche Wachstumsbremse in Japan

Die Grenzen des Wachstums können nicht nur durch die bisher genannten Punkte, sondern auch durch eine Begrenztheit der zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte definiert sein. Die fortschreitende Alterung der japanischen Gesellschaft geht mit einer Reduktion der arbeitsfähigen Bevölkerung einher und kann exemplarisch¹⁰ herangezogen werden, um die ökonomischen und sozialen Implikationen der zunehmenden Alterung zu untersuchen.

a) Altersdividenden

Ogawa (2008) untersucht die Auswirkungen des demografischen Wandels in Japan auf das ökonomische Wachstum. Der dramatische Geburtenrückgang setzte in Japan bereits zu Beginn der 1950er Jahre ein. 2005 erreichte die Fertilitätsrate mit 1,24 Kindern pro Frau einen Tiefpunkt nach dem Krieg. Gleichzeitig ist die Lebenserwartung rapide gestiegen. Die Altersstruktur hat sich dadurch stark verändert. Daraus ergeben sich, so Ogawa, wirtschaftspolitisch drängende Fragen: „For instance, how do we sustain economic productivity with an ageing labour force, and maintain economic growth with a declining population? How do we manage transfers between age groups under the new age structures that are emerging?“ (Ogawa 2008: 823). In seiner Analyse kommt Ogawa zu dem Schluss, dass die demografische Entwicklung in Japan zunächst zwei positive (Wachstums-)Dividenden ausgelöst habe: Die erste sei vor allem zwischen 1949 und 1995 zu beobachten gewesen, als der Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zunahm; in dieser Phase habe das Wachstum der Produktion das Wachstum des Konsums übertroffen (vgl. Ogawa 2008) – dies sei eine der Haupterklärungen für die enormen Wachstumsraten der japanischen Volkswirtschaft in den 1960er und frühen

10 Wegen der zwar verzögerten, aber strukturell ähnlichen demografischen Entwicklung in Deutschland, dient Japan hier als Beispiel.

1970er Jahren. Die zweite Dividende bestehe darin, dass Menschen bei steigender Lebenserwartung ihre finanziellen Vorsorgebemühungen intensivierten. Dies führe zu höheren Sparquoten und einer Kapitalintensivierung der Wirtschaft (vgl. ebd.: 829) sowie später zu einer wohlhabenden Rentnergeneration. Diese beiden positiven Effekte tragen laut Ogawa dazu bei, dass die (Wachstums-)Probleme, die mit der Alterung und Reduktion der Arbeitskräfte zwangsläufig einhergehen, weniger groß ausfallen. Der in den Boomjahren entstandene Wohlstand trage dazu bei, dass die Menschen gesünder und länger arbeitsfähig seien als Vorgängergenerationen. Ogawa empfiehlt zwei Politikmaßnahmen, die den Ertrag der Dividenden ausschöpfen und einen Wachstumseinbruch auffangen würden: „More effective utilization of wealth owned by the elderly“ (ebd.: 833) und „[b]etter utilization of aged workers and extension of the retirement age“ (ebd.: 833).

b) Wachsende Ungleichheit

Im Gegensatz zu Ogawa, der auf mögliche positive Implikationen der Bevölkerungsentwicklung verweist, zeigt Ohtake (2008), dass niedrige Geburtenraten und eine Alterung der Bevölkerung zu wachsender Einkommensungleichheit führen: „The rise in income and consumption inequality seen in Japan since the mid-1980s can be explained to a large extent by the greying population“ (ebd.: 909). Der Autor führt in einer Schätzung 30 Prozent des Anstiegs der ökonomischen Ungleichheit in Japan seit den 1980er Jahren auf die demografische Entwicklung zurück. Denn seitdem habe der Anteil von Menschen mit besserer Ausbildung stark zugenommen. In diesen Kohorten, die ab den 1980ern einen ständig wachsenden Teil der Erwerbsbevölkerung ausmachten, seien die Einkommensunterschiede signifikant größer als in Vorgängergenerationen: „The greater wage differentials among the younger age group are caused by the concentration of labour demand in new technology on young people who have received higher education“ (ebd.: 901). Wenn diese jüngere Generation mit größeren Einkommensdisparitäten also im Laufe der Jahre älter und zur zahlenmäßig dominanten Gruppe werde, steige dadurch automatisch die Ungleichheit (ausführlich ebd.: 899ff.).¹¹

Das Argument, dass wachsende Ungleichheit ein Effekt des Älterwerdens (beziehungsweise Schrumpfens) der Bevölkerung ist, „has become mainstream“ (Fukawa 2008: 921). Fukawa betont zudem, dass diese Entwicklung mit einem wachsenden Problem der Altersarmut einhergeht: „The ageing of society is the main cause of the increase in the rate of poverty“ (ebd.: 922).

11 Relevant ist in diesem Zusammenhang zudem, dass gängige arbeitsmarktökonomische Modelle zu mikro- und makroökonomischen Problemen führen, wenn der Anteil der Älteren wächst. Die „No-Shirking“-Theorie (Edward Lazear) etwa geht davon aus, dass Arbeitnehmer im höheren Alter über ihrem Produktivitätsniveau entlohnt werden müssen. Wird diese Gruppe zu groß, können sich die Unternehmen dies nicht mehr leisten, die Produktivität der gesamten Wirtschaft müsste automatisch sinken.

c) Soziale Einschnitte

Neben der wachsenden sozialen Ungleichheit und Altersarmut hat der demografische Wandel in Japan vor allem negative Auswirkungen auf die sozialen Sicherungssysteme, insbesondere die Kranken- und Rentenversicherung. So werden durch die wachsende Zahl von Empfängern substanzielle Einschnitte bei den Renten notwendig (vgl. Kawase/Ogura 2008: 857). Da der Anteil der Erwerbsbevölkerung sinkt, sei es trotz der Einschnitte notwendig, die öffentliche Bezuschussung der Renten zu erhöhen. Steuererhöhungen¹² seien hierfür unausweichlich. Sich darauf zu verlassen, dass ökonomisches Wachstum die Probleme löst, sei (in einer schrumpfenden Gesellschaft) zu riskant: „[B]ut putting off necessary tax increases on the basis of very optimistic growth expectations is an extremely risky policy“ (ebd.: 858).

Dass die Wirtschaft langfristig nur weiter wachsen kann, wenn die Geburtenrate wieder steigt, klingt in zahlreichen Veröffentlichungen unausgesprochen mit: „In this sense, countering declining fertility is at the core of the structural reform of Japan’s economy and society, where many people are still dreaming of the recovery of the high rate of economic growth [...]“ (Yashiro 2008: 944).

Bereits dieser kurze Einblick lässt befürchten, dass die demografische Entwicklung, deren Folgen in Japan schon jetzt deutlich sichtbar und in westlichen Ländern mit Verzögerung abzusehen sind, das auf Wachstum basierende Wirtschaftsmodell vor immense Probleme stellen wird. Das Beispiel Japan zeigt: Bleibt der Erhalt des Wachstums vorrangiges Ziel wirtschaftspolitischen Handelns, sind soziale Einschnitte (Rentenkürzungen, Steuererhöhungen, höheres Renteneintrittsalter) sowie wachsende soziale Ungleichheit und Altersarmut die unvermeidbaren Folgen. Ob eine Steigerung der Einwandererzahl die Probleme lösen kann oder eher neue Probleme schafft, ist umstritten und wird derzeit auch in Japan diskutiert (vgl. Vogt 2006).

12 Die Autoren schlagen eine Erhöhung der Konsumsteuern vor, da die Finanzierungslücke durch höhere Einkommensteuern (bei geringerer Arbeitnehmerzahl) nicht zu decken sei.

3 Das BIP und die alternative Wohlstandsmessung

Ist *mehr* auch gleich *besser*? In einer auf Wachstum ausgerichteten Wirtschaft werden die bis hierher vorgestellten Varianten möglicher Wachstumsgrenzen häufig automatisch als *Gefahren* für den gesellschaftlichen Wohlstand aufgefasst. Kritiker bezweifeln jedoch die Zwangsläufigkeit dieses Zusammenhangs. Im Folgenden soll es um Probleme bei der Wohlstandsmessung gehen: Wird Wachstum bislang überhaupt angemessen operationalisiert?

Seit Anfang der 1970er Jahre wächst die Kritik daran, das Bruttoinlandsprodukt (BIP), also die Summe aller in einem Jahr im Inland produzierten und bepreisten Waren und Dienstleistungen,¹³ als Indikator für den Wohlstand einer Gesellschaft zu verwenden (vgl. Nordhaus/Tobin 1973: 9ff.).¹⁴

3.1 Inhaltliche Kritik: Was misst das BIP und was misst das BIP nicht?

In der Literatur finden sich folgende Hauptkritikpunkte, die sich auf die inhaltliche Konstruktion des BIP beziehen und sich gegen das BIP als Wohlstandsindikator wenden.

a) Das BIP addiert ausschließlich Güter und Dienstleistungen „that are sold or costed in monetary terms and produced by paid work“¹⁵ (Gadrey/Jany-Catrice 2006: 15; vgl. auch van den Bergh 2005:15; Stiglitz/Sen/Fitoussi 2009: 21; Cobb/Cobb 1994). Neben anderen Autoren beschreibt Gadrey (2004: 265f.), dass dieses rein monetäre Dimensionen betreffende Additionsverfahren teilweise absurde Folgen für die Wohlstandsmessung hat: Das Wohlstandskonzept führe dazu, dass in einem Land, in dem die Zahl der Autounfälle zunimmt, das BIP wächst (mehr medizinische Versorgung, mehr Autoreparaturen etc.), die Unfälle erhöhen also demnach den Wohlstand. Die Unzulänglich-

13 Definition BIP: „Es misst den Wert der im Inland hergestellten Waren und Dienstleistungen (Wertschöpfung), soweit diese nicht als Vorleistungen für die Produktion anderer Waren und Dienstleistungen verwendet werden. Das BIP wird in jeweiligen Preisen und preisbereinigt (Deflationierung mit jährlich wechselnden Vorjahrespreisen und Verkettung) errechnet. Auf Vorjahrespreisbasis wird die ‚reale‘ Wirtschaftsentwicklung im Zeitablauf frei von Preiseinflüssen dargestellt. Die Veränderungsrate des preisbereinigten BIP dient als Messgröße für das Wirtschaftswachstum der Volkswirtschaften.“ Quelle: Statistisches Bundesamt: <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/abisz/BIP,templateId=renderPrint.psml> (Zugriff 16.7.2010).

14 Es ist darauf hinzuweisen, dass *Wohlstand* in der angelsächsischen Literatur sowohl mit „well-fare“ als auch mit „well-being“ umschrieben wird. Wobei sich „well-being“ in der Regel auf die Individualebene bezieht, aber gleichzeitig auch für den gesamtgesellschaftlichen Aggregatzustand verwendet wird.

15 Auf den zweiten Aspekt dieses Zitats, die ausschließliche Erfassung monetärer Zahlungsströme, wird in Abschnitt c) näher eingegangen.

keit des BIP als Wohlstandsindikator könne zudem an folgendem Gedankenexperiment verdeutlicht werden: Ein Land, in dem 10 Prozent der Bürger dafür bezahlt werden, Güter willkürlich zu zerstören (Schlaglöcher in Fahrbahnen bohren etc.) und 10 Prozent der Bevölkerung damit beschäftigt sind, diese Schäden auszubessern, verfügt über ein identisches BIP wie ein Land, in dem 20 Prozent der Arbeitskräfte Bildungs- und Gesundheitsleistungen erbringen. Auch Umweltzerstörung – so sie mit entsprechenden Kompensationsleistungen und Schutzmaßnahmen gegen Umweltkatastrophen einhergeht – steigere das BIP. Gleiches gelte für die Regenwaldabholzung, die das globale BIP (durch den Holzhandel etc.) erhöhe, die negativen Aspekte der Abholzung aber gingen nicht in das BIP ein. Auch monetäre Kosten eines Krieges und Rüstungsausgaben schlagen im BIP positiv zu Buche. Ein aktuelles Beispiel aus Deutschland ist der positive BIP-Effekt, der 2009 durch die Verschrottung noch funktionstüchtiger Autos und die damit verbundene staatliche Förderung von Neukäufen erzielt wurde („Abwrackprämie“).

Das BIP misst demnach ausschließlich Outputs, keine Outcomes (vgl. Gadrey/Jany-Catrice 2006: 17); also lediglich die Masse der Produkte, nicht ihre Auswirkungen im Hinblick auf Bedürfnisbefriedigung und Wohlbefinden. Negative externe Effekte, die keine monetären Kosten verursachen, werden nicht vom BIP erfasst.

b) Die *Verteilung* von Wohlstand, Armut und ökonomischer Sicherheit berücksichtigt das BIP nicht (vgl. Gadrey/Jany-Catrice 2006: 17).

c) Ein erheblicher Teil der Leistungen, Güter und Arbeit, nämlich all jene ohne (Markt-) Preis, werden vom BIP nicht erfasst. Darunter fallen zum Beispiel kostenlose Leistungen im Haushalt (Erziehung, Pflege), ehrenamtliche Arbeit oder der Genuss des Gutes Freizeit (vgl. Stiglitz/Sen/Fitoussi 2009: 21ff.; Gadrey 2004: 267). Schwierigkeiten für die Wohlstandsbestimmung entstehen zudem dadurch, dass vom Staat kostenlos bereitgestellte Güter (zum Beispiel steuerfinanzierte Gesundheitsleistungen ohne Marktpreis) in der BIP-Messung nicht erfasst werden können (vgl. Boarini/Johansson/d’Ercole 2006: 7) – Privatisierungen, wenn also die identischen Leistungen von privaten Marktakteuren erbracht werden, können demnach zu einem BIP-Anstieg führen, ohne dass sich dadurch die Produktionsmenge verändert.¹⁶

16 Ausführlicher wird die Kritik in folgenden Veröffentlichungen dargelegt: Afsa et al. (2008: Kap. 1–2); Gadrey/Jany-Catrice (2006: Kap. 2); Stiglitz/Sen/Fitoussi (2009: 21ff.); Boarini/Johansson/d’Ercole (2006: 7f.); Cobb/Cobb (1994: Introduction, Kap. 1).

3.2 Kategorisierung neuer Ansätze

Trotz der genannten Beschränkungen ist das Bruttoinlandsprodukt noch immer der am weitesten verbreitete und am häufigsten verwendete Wohlstandsindikator (vgl. unter anderem Afsa et al. 2008: 1; Gadrey/Jany-Catrice 2006).¹⁷ Seit Anfang der 1990er Jahre gibt es allerdings quantitative und qualitative Fortschritte bei der Suche und Formulierung aussagekräftiger alternativer Wohlstandsindikatoren (vgl. Gadrey/Jany-Catrice 2006); Cobb/Cobb 1994). Quantitativ ist die Entwicklung unter anderem an der gestiegenen Anzahl wissenschaftlicher Veröffentlichungen zu den Themen „individuelles Wohlbefinden“ und „gesellschaftlicher Wohlstand“ abzulesen:

However, academic interest in the study of subjective well-being has grown rapidly in recent years. A literature search in the Social Sciences Citation Index of the Web of Science (on 11/07/2007) found almost 4300 published articles mentioning either the topic „life satisfaction“ or „subjective well-being“, of which over half were published since the year 2000. (Abdallah/Thompson/Marks 2008: 35)

Die steigende Bedeutung zeigt sich zudem in einer Überblicksstudie: Bandura (2008) listet insgesamt 178 Indikatoren auf, die zur Wohlstandsverortung eines Landes herangezogen werden.

Neuere Wohlstandsindikatoren, die über das BIP hinausgehen oder Alternativen zu diesem rein ökonomischen Maß darstellen, werden von verschiedenen Autoren in drei Gruppen eingeteilt:

1. Indikatoren, die weiterhin auf der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung beruhen, die den BIP-Indikator jedoch nach Wohlfahrtsgesichtspunkten modifizieren (vgl. 3.2.1).
2. Indikatoren, die aus mehreren (Sozial-)Parametern zusammengesetzt werden und beispielsweise den Zugang zu Gesundheitsleistungen und Bildung berücksichtigen (vgl. 3.2.2).
3. Indikatoren, die das aggregierte subjektive Wohlbefinden als bestimmend für die Gesamtwohlfahrt ansehen (vgl. 3.2.3).¹⁸

3.2.1 Erweiterung des BIP-Indikators

Ansätze, die zur Gruppe der *korrigierten* oder *erweiterten* Wohlfahrtsindikatoren gehören, beruhen weiterhin auf den Erhebungen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Diese Alternativindikatoren versuchen, das BIP von Elementen zu bereinigen, die

¹⁷ Zur Begründung dieses Paradoxons: Bergh (2009).

¹⁸ Diese Kategorisierung ist unter anderem zu finden bei: Blanchet/Simon/Sylvander (2007), Bleys (2005) und sehr ähnlich bei Afsa et al. (2008). Ein weiterer Übersichtsartikel über Ansätze und Literatur zu den Wohlstandsindikatoren: England (1998).

nicht zur Wohlstandssteigerung beitragen, beziehungsweise dem BIP wohlstandsrelevante Bestandteile – wie Lebenserwartung oder Freizeitanteil – hinzuzufügen. Zu dieser Gruppe der Indikatoren gehören unter anderem der MEW/SMEW und der ISEW.

Measure of Economic Welfare (MEW/SMEW): Der Hauptindikator, den die beiden Autoren Nordhaus und Tobin (1973) zugrunde legen, ist nicht die Produktion, sondern der Gesamtkonsum der privaten Haushalte. Sie korrigieren diese Größe um Komponenten, die sie mit positiven Wohlfahrtswirkungen assoziieren, wie beispielsweise Freizeit.¹⁹ In einem zweiten Schritt erweitern die Autoren ihren Indikator um eine Nachhaltigkeitskomponente (SMEW), die den Erhalt des Kapitalstocks berücksichtigt (ausführlich dazu: Afsa et al. 2008: 9f.; Cobb/Cobb 1994: 23f.).

Afsa et al. (2008: 10) fassen zusammen:

Nordhaus and Tobin provided an evaluation of this SMEW for the US over the 1929–1965 period, compared to GNP that, at that time, was the indicator privileged by National Accounts. Two major conclusions emerged:

- Levels of SMEW were significantly higher than those of GNP, due to the large positive contribution of leisure.
- Consistent messages were delivered by both GNP and the SMEW when considering the overall direction of socio-economic progress, even if the magnitudes differed. Over the period considered, growth for the SMEW was about two thirds of total GNP growth. The conclusion by Nordhaus and Tobin was that GNP growth remained an adequate guide for policy.²⁰

Index of sustainable welfare (ISEW): Der ISEW-Indikator von Cobb und Daly (1989, erweitert 1994) ist der in der Literatur am umfassendsten diskutierte Ansatz dieser Gruppe. Verglichen mit dem Ansatz von Nordhaus und Tobin beinhaltet er zwei wichtige Neuerungen:

1. Der ISEW-Indikator beinhaltet die Kosten, die durch den Abbau natürlicher Ressourcen entstehen (beziehungsweise die Kosten, die erforderlich sind, ein Substitut aus erneuerbaren Ressourcen zu schaffen).
2. Der ISEW berücksichtigt die Verteilung des Einkommens in einer Gesellschaft (vgl. Afsa et al. 2008: 10) sowie nicht monetäre Beiträge zur Gesamtwohlfahrt.

Bleys (2005: 7) identifiziert vier Hauptbestandteile des Indikators: „Hicksian income, extension of the capital concept, inclusion of non-market flows, defensive expenditures“.

19 Für Komponenten wie Freizeit wurden die jeweiligen Opportunitätskosten ermittelt, die dann in die Berechnung einfließen.

20 Der hier genannte Indikator GNP (*Gross National Product*) entspricht dem deutschen BNP (Bruttonationalprodukt), nicht dem BIP. Allerdings erfasst auch das GNP – wie das BIP – ausschließlich monetär messbare Markttransaktionen. Die oben genannten Kritikpunkte bezüglich der Tauglichkeit als Wohlstandsindikator gelten also auch für das GNP.

Formal kann der ISEW-Indikator wie folgt dargestellt werden (vgl. Afsa et al. 2008: 10f.):

$$\text{ISEW} = \text{Cadj} + P + G + W - D - E - N$$

Cadj = consumer spending adjusted for inequality

P = public expenditures excluding defensive expenditures

G = growth in capital and net change in international position

W = non monetarised contributions to welfare

D = defensive private expenditures

E = costs of environmental degradation

N = depreciation of the environmental capital base

Ein anschauliches Rechenbeispiel hierzu liefern Gadrey und Jany-Catrice (2006: 66f.). In ihre Rechnung gehen monetäre (negative) Gegenwerte für Autounfälle, Wasserverschmutzung und Verkehrslärm ein. Der monetäre Gegenwert von freier Zeit geht in diesen Index indes nicht ein.²¹

In einer Reihe von Studien wurde der ISEW verwendet, um für verschiedene Länder den Wohlstand zu berechnen, unter anderem Frankreich (Bleys 2008), Thailand (Clarke/Islam 2005), Schweden, Australien, USA und Großbritannien (Neumayer 1999). Die Studien zeigen, dass der ISEW-Index in diesen Ländern in den vergangenen zwanzig Jahren – im Gegensatz zum kontinuierlich wachsenden BIP – nur leichte Wachstumsraten aufweist, in manchen Fällen sogar leicht sinkt. Die Gründe dafür sieht Bleys (2005: 9ff.) in wachsender Einkommensungleichheit, steigenden Kosten für Ressourcenaufzehrung und steigenden Umweltkosten. Die Arbeit von Clarke und Islam (2005) nimmt in der Reihe dieser Studien eine Sonderstellung ein, da die Autoren die ISEW-Werte für Thailand, also ein vergleichsweise niedrig entwickeltes Land, berechnen. Sie kommen zu dem Schluss, dass sogar in Ländern mit niedrigen und mittleren Einkommen steigende ökonomische Wachstumsraten negative Wohlfahrtswirkungen mit sich bringen. Sie widersprechen damit Autoren, die davon ausgehen, dass ökonomisches Wachstum bei einem niedrigen Ausgangsniveau per se enorme positive Wohlstandseffekte mit sich bringt.

Schärfster Kritiker des ISEW-Ansatzes ist Neumayer (2000, 1999). Er bemängelt vor allem das Fehlen eines klaren theoretischen Fundaments sowie eine Zufälligkeit bei der Auswahl der Faktoren, die für die Wohlfahrtsberechnung herangezogen werden. Ausführlicher zu Kritik und Diskussion äußert sich dann Bleys (2005: 11f.).

21 Für nähere Erläuterungen zur Konzeption siehe Bleys (2005: 7ff.), Gadrey/Jany-Catrice (2006: 63ff.), England (1998). Modifizierung finden sich bei Beça/Santos (2010), Afsa et al. (2008: 10ff.).

3.2.2 Synthetische Indikatoren

Die synthetischen Indikatoren setzen sich aus verschiedenen (Sozial-)Kennzahlen zusammen. Es gibt eine Vielzahl von Ansätzen, die verschiedene Sub-Indikatoren aggregieren und diese unterschiedlich stark gewichten. Diese Ansätze haben das BIP dabei nicht – wie in Kap. 3.2.1 beschrieben – als gemeinsamen Ausgangspunkt, sondern beinhalten das BIP (zum Teil) als einen von mehreren Sub-Indikatoren für den gesellschaftlichen Wohlstand. All diese Indikatoren fokussieren auf sozialen Fortschritt und humanitäre Entwicklung (vgl. Gadrey/Jany-Catrice 2006: 25ff.; Afsa et al. 2008: 13ff.).

Als wichtigster dieser synthetischen Indikatoren gilt der *Human Development Index* (HDI), den das United Nation Development Programme UNDP erstmals im Jahr 1990 vorgestellt hat. Der HDI setzt sich aus drei gleich stark gewichteten Sub-Indizes zusammen, die die Gebiete Bildung, Gesundheit und ökonomische Entwicklung umfassen: Das Bildungsniveau wird anhand der Alphabetisierungsrate Erwachsener und der Beteiligungsquote im Schulsystem bestimmt, die Gesundheitsausstattung eines Landes wird mit der Lebenserwartung operationalisiert, das ökonomische Niveau mit dem Pro-Kopf-BIP. Mithilfe des aggregierten Indexes erstellt das UNDP in regelmäßigen Abständen ein Länderranking, das erheblich von Rankings abweicht, die allein auf ökonomische Kennzahlen abstellen (vgl. unter anderem Gadrey/Jany-Catrice 2006: 25ff.; Afsa et al. 2008: 13ff.).

In den vergangenen zwei Jahrzehnten ist zudem eine Vielzahl weiterer synthetischer Indikatoren entstanden, die unterschiedlichste Sozialkennzahlen und Sub-Indizes integrieren. Zu den wichtigsten zählt der *Index of Social Health* (ISH), der sechzehn verschiedene Sozialindikatoren kombiniert. Damit möglichst alle Altersgruppen in dem Index erfasst werden, beinhaltet er Indikatoren, die den verschiedenen Altersgruppen eindeutig zuzuordnen sind (Kindersterblichkeit, Altersarmut etc.).

Mitte der 1990er Jahre entwickelte der Canadian Council on Social Development (CCSD) den *Personal Security Index* (PSI). In diesem wird Sicherheit als Hauptindikator für Wohlstand identifiziert, unterschieden werden drei Dimensionen von Sicherheit: ökonomische Sicherheit, physische Unversehrtheit (Kriminalität) und Gesundheitssicherheit. Eine Besonderheit dieses Indikators liegt darin, dass er objektive Indikatoren (zum Beispiel durchschnittliches Armutsrisiko) mit subjektiven Indikatoren (zum Beispiel dem Gefühl, sich in der Wohngegend sicher zu fühlen) kombiniert.

Einer der umfassendsten synthetischen Wohlstandsindikatoren ist der *Environmental Sustainability Index* (ESI). Er aggregiert 76 Variablen, unter anderem die Wasserqualität, Recyclingraten und Treibhausgasemissionen.²²

22 Weitere synthetische Indikatoren und detailliertere Beschreibungen der genannten Ansätze finden sich bei Gadrey/Jany-Catrice (2006), Afsa et al. (2008), Lawn (2003), Vemuri/Costanza (2006) und Abraham/Mackie (2005).

3.2.3 *Subjektives Empfinden als Wohlstandsmaßstab*

Ein weiterer Ausgangspunkt der Kritik am BIP als Wohlstandsindikator ist für zahlreiche Autoren der empirisch schwache Zusammenhang zwischen ökonomischem Wachstum und wahrgenommenem subjektivem beziehungsweise aggregiert-gesellschaftlichem Wohlstand (vgl. unter anderem Layard 2003; Boarini/Johansson/d’Ercole 2006). So beschreiben Blanchflower und Oswald (2004), dass die Lebenszufriedenheit in den USA und Großbritannien im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts trotz starken Wirtschaftswachstums gesunken sei. Easterlin (1995) stellt heraus, dass innerhalb eines Landes zwar diejenigen glücklicher seien, die ein höheres Einkommen erhalten, dass jedoch ein Anstieg aller Einkommen keineswegs zu einem Anstieg des durchschnittlichen Wohlbefindens führe. Er begründet dies damit, dass die „material norms“ (Easterlin 1995: 35), die für das Wohlbefinden ausschlaggebend seien, proportional mit dem aktuellen Einkommen ansteigen würden. Easterlin beruft sich dabei auf länderübergreifende Daten, die in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts gesammelt wurden. Ferrer-i-Carbonell (2005) schließt aus einer Analyse von SOEP-Daten, dass das individuelle Wohlbefinden in Deutschland nicht vom absoluten Einkommensniveau, sondern vom subjektiven Einkommensvergleich mit einer Referenzgruppe abhängt. Stillwell und Jordan (2007) zeigen am Beispiel Australiens, dass BIP-Wachstum nicht (zwingend) zu einer höheren Lebenszufriedenheit führt. Sie begründen dies damit, dass Wachstum nicht automatisch zu einer Reduktion von Einkommensungleichheiten führe und eine stabile Ungleichheit einen Anstieg der Lebenszufriedenheit verhindere.

Aus derartigen Studien leiten zahlreiche Wissenschaftler die Forderung ab, Wohlstandsindikatoren zu generieren, die auf der (aggregierten) individuellen Wahrnehmung des subjektiven Wohlbefindens basieren sollten und nicht auf dem rein ökonomischen BIP-Wachstum.

Diener (2006) beschreibt, wie aus dem subjektiven Wohlbefinden einzelner Menschen, also den „cognitive and affective evaluations of their (the people’s) life“, ein nationaler Wohlstandsindikator entstehen kann. Unter anderem sei es notwendig, verschiedene Facetten des subjektiven Wohlbefindens zu messen: Stimmungen und Gefühle, wahrgenommene mentale und körperliche Gesundheit, Zufriedenheit mit verschiedenen Lebensbereichen. Um die Validität der Daten (auch in länderübergreifenden Vergleichen) zu gewährleisten, sei es notwendig, Daten mit verschiedenen erprobten und verlässlichen Methoden zu überprüfen. Trotz eines wachsenden Interesses – besonders von Ökonomen – am Thema Lebenszufriedenheit, beklagen Wissenschaftler, dass vergleichbare Datenreihen aus verschiedenen Ländern nicht ausreichend verfügbar seien. Trotzdem existieren einige nationale Wohlstandsindikatoren, die auf dem *Subjective Well-Being* (SWB) beruhen, beispielsweise der *Inequality-Adjusted Happiness Index* von Veenhoven und Kalmijn (vgl. Veenhoven 2005). Afsa et al. (2008: 17) charakterisieren diesen Indikator: „This indicator is based on the mean and the variance of the distribution of questions on satisfaction with life as whole. The index gives equal weights to the utilitarian and egalitarian viewpoints.“ Einzelne Autoren richten sich direkt mit der Forderung an

Politiker, die Messung des Wohlstands auf subjektive Indikatoren umzustellen (Diener 2006; NEF 2009). In diese Richtung zielt auch die Forderung des „Denkwerks Zukunft“, subjektive Wahrnehmung der Lebensqualität solle eine stärkere Rolle spielen, dem BIP mithin weniger Beachtung geschenkt werden: „Viele Lobbygruppen aus der Wirtschaft sind an einem materiellen Verständnis von Wohlstand interessiert. Die Politik hält am BIP fest, da sie dessen positiven Verlauf als ihren Erfolg darstellen kann“ (Denkwerk 2010).²³

Interessante Seitenaspekte zu diesem Themenbereich liefert eine Studie von Jackson (2008): Der Autor geht davon aus, dass eine Reduktion des Konsumniveaus zu einer „well-being dividend“, also zu einem Anstieg des (aggregierten) Wohlbefindens führen könne. Helliwell (2003) unternimmt den Versuch, Variationen im subjektiven Wohlbefinden anhand anderer (individueller und nationaler) Indikatoren, wie des vorhandenen Sozialkapitals oder des Bildungsniveaus, zu erklären. Einen ähnlichen Ansatz verfolgen Abdallah, Thompson und Marks (2008) in einer umfassenden internationalen Studie.

Innerhalb der EU gibt es Bestrebungen, einen alternativen Wohlstandsindikator einzuführen (siehe Agence France-Presse 2009), die treibende Kraft hierbei ist Frankreich.²⁴ Im April 2010 hat zudem das deutsche Wirtschaftsministerium den Sachverständigenrat, ein fünfköpfiges Expertengremium, gebeten, in Zusammenarbeit mit französischen Wissenschaftlern eine Expertise zur Messung von nachhaltigem Wachstum und gesellschaftlichem Fortschritt zu erstellen, die im Dezember vorgelegt wurde. Der Himalaya-Staat Bhutan drückt sein Wohlstandsniveau seit 2009 nicht mehr im BIP, sondern in „Gross National Happiness“ aus, dem Bruttonationalglück (siehe Wirtschaftsblatt 2009).

3.3 Der umfassende Ansatz der Stiglitz-Kommission

Die *Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress* (Stiglitz-Kommission) wurde 2008 von der französischen Regierung mit dem Ziel eingesetzt, einen Vorschlag für die Messung von Wohlstand und sozialem Fortschritt zu erarbeiten, der über die makroökonomische Betrachtungsweise des BIP-Indikators weit hinausgeht. Der umfassende Report der Kommission (Stiglitz/Sen/Fitoussi 2009) enthält drei Schwerpunkte: 1. Klassische Fragen zur BIP-Messung, 2. Lebensqualität und 3. Nachhaltigkeit.

23 Dolan/Peasgood/White (2008), Afssa et al. (2008) und Helliwell (2003) unternehmen den Versuch, die vielfältige Literatur zur Integration des subjektiven Empfindens in die Wohlstandsmessung zusammenzufassen.

24 Siehe: <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/vorschlag-aus-frankreich-weg-mit-dem-bip-1.25166>

Die Kommission formuliert zwölf Empfehlungen für die Messung von Wohlstand und sozialem Fortschritt. Die Empfehlungen greifen Bestandteile der drei in den vorherigen Abschnitten beschriebenen Kategorien auf. So soll ein umfassender neuer Wohlstandsindikator unter anderem Verteilungsaspekte berücksichtigen und stärker auf Konsum und Einkommen von Haushalten statt ausschließlich auf die Produktion fokussieren (vgl. Kategorie 1, Kap. 2.2.1), es sollen Gesundheit, Freizeit, Bildung, soziale Bindungen, politische Partizipation und andere nicht materielle Güter durch Kennziffern erfasst werden (vgl. Kategorie 2, Kap. 2.2.2), zudem soll der Indikator auch das subjektive Lebensqualitätsempfinden der Bürger berücksichtigen (vgl. Kap. 2.2.3).

4 Alternativen zu bestehenden ökonomischen Modellen und Gesellschaftsformen

Die bis hierher dargestellte Wachstumskritik und Kritik der herkömmlichen Indikatoren allein führt noch nicht zu eigenständigen ökonomischen Modellen. Victor (2008b) etwa bemängelt, dass zahlreiche Ökonomen²⁵ zwar fundierte Wachstumskritik üben, dies jedoch „without the use of a formal, explicit model of a modern economy. They offered quantitative information to support and illustrate their arguments but they did not build their own econometric models or make use of models built by others to make their case“ (Victor 2008b: 169f.). Die für die britische Regierung arbeitende *Sustainable Development Commission*²⁶ fasst das Fehlen von makroökonomisch belastbaren Alternativkonzepten wie folgt zusammen:

There is no clear model for achieving economic stability without consumption growth. Nor do any of the existing models account fully for the dependency of the macro-economy on ecological variables such as resources and emissions. In short there is no macro-economics for sustainability and there is an urgent need for one. (Commission 2009: 10)

Zwar existiert bislang kein dominierendes, verbindliches makroökonomisches Konzept, das die Funktionsweise und die sozialen Implikationen einer nicht wachsenden Volkswirtschaft umfassend abbildet. Dennoch können hier verschiedene Alternativenansätze vorgestellt werden, die nach der Radikalität geordnet werden, mit der sie mit dem Wachstumsprimat brechen. Als Maßstab für die Radikalität wird herangezogen, welchen Wachstumsgrad sie auch weiterhin für notwendig halten. Die Ansätze reichen von Theorien, die ein Mindestwachstum notwendig finden (4.1), bis hin zu solchen, die ein negatives Wachstum des Bruttoinlandsprodukts für erstrebenswert halten (4.3).²⁷

25 Victor nennt die Ökonomen Mishan, Schumacher, Daly, Douthwaite, Booth, Porritt und Siegel.

26 <http://www.sd-commission.org.uk/>

27 Die Ansätze ließen sich auch nach der jeweils zugrunde liegenden *Quelle der Wachstumskritik* (siehe Kap. 2) ordnen. Der Maßstab *Radikalität* wurde hier bevorzugt, da er, anders als das Kriterium der ideologischen Herkunft, auf die inhaltliche Essenz der Ansätze fokussiert.

4.1 Maßvoll wachsen

4.1.1 *Wirtschaften ohne Wachstumszwang: Peter Victor's LowGrow-Modell*

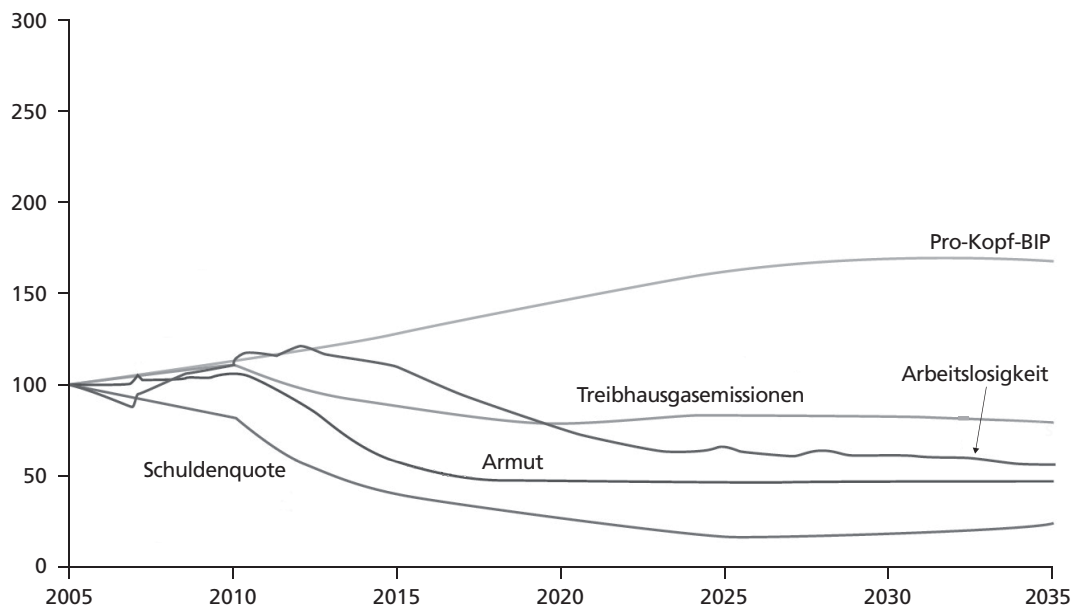
Wie einführend beschrieben, mangelt es an makroökonomischen Alternativmodellen zum Wachstumsparadigma. „The most notable exception is a study carried out by a Canadian economist, Peter Victor“ (Commission 2009: 79). Er will herausfinden, „whether important policy objectives can be achieved in a modern economy without relying on economic growth“ (Victor 2008b: 170). Er nennt drei Gründe, weshalb Regierungen hoch entwickelter Staaten über Alternativen zum Wachstumsmodell nachdenken sollten: 1. Es herrsche Ressourcenknappheit; 2. Wachstum bewirke in hoch entwickelten Staaten eine Abnahme des gesellschaftlichen Wohlstands; 3. Politikziele wie Vollbeschäftigung und Armutsbekämpfung könnten in westlichen Staaten auch ohne Wachstum erreicht werden (vgl. Victor/Rosenbluth 2007).

Die Stärke seines Modells besteht darin, dass es in seinen Bestandteilen und seiner Funktionsweise weitgehend den konventionellen makroökonomischen Modellen gleicht und daher greifbarer ist als nichtformale, normativ geprägte Ansätze. So enthält Victor's Simulationsmodell (LowGrow) unter anderem die Variablen Konsum, öffentliche Ausgaben, Investitionen, Beschäftigung, Handel und Produktionsmenge (vgl. Commission 2009: 79). Mithilfe statistischer Daten der kanadischen Volkswirtschaft entwirft Victor verschiedene Rechenszenarien, in denen er prognostiziert, wie sich bestimmte Schlüsselindikatoren (Arbeitslosenquote, Armutsquote, Pro-Kopf-BIP, Verschuldungsquote, Treibhausgasemissionen) von 2005 bis 2035 entwickeln, jeweils abhängig von der Höhe des Wirtschaftswachstums und bestimmten begleitenden Politikmaßnahmen: „Low-Grow is a quantitative model of the Canadian economy designed to make it easy to explore different assumptions, objectives and policy measures“ (Victor 2008a: 2).

In seinem *ersten Szenario* prognostiziert Victor die Größen der Schlüsselvariablen für den Fall, dass das BIP weiter kontinuierlich wächst und es wirtschaftspolitisch zu keinen größeren Veränderungen kommt. Bei diesem „Business as usual“-Fall wäre das Pro-Kopf-BIP im Jahr 2035 doppelt so hoch wie 2005, die Arbeitslosenquote würde nach den Berechnungen auf identischem Niveau verharren, Armut und öffentliche Verschuldung würden ansteigen und die Treibhausgasemissionen würden um 80 Prozent zunehmen (vgl. ebd.: 4f.).

Im *zweiten Szenario* modelliert Victor, was in der kanadischen Volkswirtschaft passieren würde, wenn sich das Wachstum rapide verlangsamte, beziehungsweise vollkommen zum Erliegen käme und dieser Prozess nicht durch kompensierende Politikmaßnahmen begleitet würde. Die Folgen wären nach den Berechnungen verheerend: Während das Pro-Kopf-BIP stagniert, nehmen Armut, Arbeitslosigkeit und Verschuldung ein bislang unbekanntes Ausmaß an, soziale Unruhen und unabsehbares Elend hält Victor in diesem Fall für wahrscheinlich, er spricht von einem „No Grow Disaster“ (ebd.: 6; vgl. Victor 2008b: 178f.).

Abbildung 1 Wenig Wachstum und begleitende Politikmaßnahmen: Victors Modellierung für eine kanadische Low-Growth-Wirtschaft



2005 = 100

Quelle: Commission (2009: 80).

Als Beleg dafür, dass gesellschaftlicher Wohlstand auch ohne Wachstum erreicht werden kann, dient Victor sein *drittes Szenario* (siehe Abbildung 1).

Im Vergleich zu Szenario 1 wächst das Pro-Kopf-BIP deutlich langsamer, ab dem Jahr 2028 kommt das Wachstum zum Erliegen. Arbeitslosen- und Armutsquote wachsen in einer ersten Phase, sinken bis 2035 aber deutlich unter das Ausgangsniveau, Verschuldung und Treibhausgasemissionen verringern sich verglichen zu 2005 beide um rund 30 Prozent und stagnieren ab etwa 2018 auf niedrigerem Niveau.

Aus den einleitend genannten drei Gründen präferiert Victor dieses dritte Szenario. Es unterscheide sich vom *No Grow Disaster* – und werde überhaupt erst ermöglicht – durch bewusst herbeigeführte politische Veränderung. Im Kern bestehen diese in einer Reduktion der gesamten und durchschnittlichen Arbeitszeit sowie in einer Verschiebung weg von privaten Investitionen hin zu öffentlichen Investitionen, vor allem für Gesundheitsleistungen und Weiterbildungsangebote. Die Reduktion der Arbeitszeit soll eine breitere Verteilung der Arbeit auf mehr Menschen bewirken und sich positiv auf die Beschäftigungsquote auswirken. Victor gesteht ein, dass dieser arithmetische Umverteilungseffekt in der Realität nicht zu 100 Prozent umgesetzt werde. Er zitiert eine Studie von Bosch, welche resümiert, dass 25 bis 70 Prozent des rechnerisch möglichen Umverteilungspotenzials tatsächlich ausgeschöpft würden (vgl. Bosch 2000: 180).

Ein fortdauernder Anstieg privater Konsumausgaben ist in diesem Makromodell im Gegensatz zum „Business as usual“-Szenario nicht vorgesehen, die Bevölkerungsgröße soll durch Migrationspolitik möglichst konstant gehalten werden (vgl. Kap. 4.2.1).

Die aus Sicht Vectors erforderlichen Politikmaßnahmen sind im Einzelnen:

Investment: reduced net investment, a shift from investment in private to public goods through changes in taxation and expenditures.

Labour force: stabilization through changing age structure of the population and population stabilization.

Population: stabilization through changes to immigration policy.

Poverty: trickle down replaced with focused anti-poverty programs that address the social determinants of illness and provide more direct income support.

Technological change: slower, more discriminating, preventative rather than end of pipe, through technology assessment and changes in the education of scientists and engineers.

Government expenditures: a declining rate of increase.

Trade: a stable, positive net trade balance (and diversification of markets).

Work week: shorter, more leisure through changes in compensation, work organization and standard working hours, and active market labour policies.

Greenhouse gases: a revenue neutral carbon tax.

To complement these policies:

Consumption: more public goods fewer positional (status) goods through changes in taxation and marketing.

Environment and resources: limits on throughput and use of space through better land use planning and habitat protection and ecological fiscal reform.

Localization: fiscal and trade policies to strengthen local economies. (Victor 2008a: 9f.)

Victor weist darauf hin, dass es sich bei seinem No- (beziehungsweise Low-)Growth-Modell um keinen Steady State handelt, da einige Determinanten wie zum Beispiel die öffentlichen Investitionen nicht stabil seien, sondern wachsen müssten. Der Ökonom hält das Umsetzungspotenzial seiner Politikvorschläge für groß. Das dritte Szenario könne nicht nur in Kanada angestrebt werden, ähnliche Resultate seien auch für andere hoch entwickelte Länder zu erwarten.

Kritik: Zwar orientiert sich Victor bei seinen Berechnungen sehr eng an bestehenden Makromodellen. Die Auswirkungen seiner Vorschläge auf den Geldmarkt sowie die Implikationen für den internationalen Kapitalfluss und die Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaft lässt er aber außen vor (vgl. Victor 2008a: 18).

4.1.2 Mindestwachstum unverzichtbar: Hans Christoph Binswanger

Der St. Gallerer Geldtheoretiker Hans Christoph Binswanger widmet sich in seiner Veröffentlichung „Die Wachstumsspirale“ (Binswanger 2009a) im ersten Argumentationsschritt der *Logik des Wachstums*: Er sieht Wachstum als *perpetuum mobile*, das sich aus

sich selbst heraus ständig erneuert. Das Verstehen der Wachstumslogik sei notwendig, da ständiges Wachstum ökologische und ökonomische²⁸ Gefahren mit sich bringe.

Die Vorstellung, dass ein statisches Gleichgewichtsmodell existiere, müsse in der Wirtschaftstheorie überwunden werden, so Binswanger. Um die Essenz der Ökonomie zu erfassen, müsse vielmehr die im Folgenden erläuterte Funktionsweise der *Wachstums-spirale* verstanden werden: Als wichtigste Triebkraft des wirtschaftlichen Wachstums bezeichnet der Autor die Ausbreitung der Geldwirtschaft. Durch das Einwirken des Geldes (beziehungsweise der Kreditvergabe) weite sich der ökonomische Kreislauf zu einer nach oben offenen Spirale aus. Der Zuwachs des Kapitals durch die Kreditgewährung der Banken und die Reinvestition eines Teils der Reingewinne rechtfertige sich durch sich selbst, das heißt durch die Gewinne, die mit der Kredit- und Geldschöpfung entstehen. Denn nur wenn die Geldzufuhr stetig steige, könnten dauerhaft Gewinne entstehen. Dieser Wachstumsprozess, der durch die Geldschöpfung der Zentralbanken angeheizt werde, könne sich nicht nur fortsetzen, er *müsse* sich fortsetzen, wenn die Wirtschaft nicht zusammenbrechen soll: Die Geldschöpfung müsse stets so hoch sein, dass sich die Nachfrage nach Produkten proportional zum Produktangebot erhöht. Nur so könne die Gewinnrate konstant bleiben. Sei diese Bedingung nicht erfüllt, breche die Gewinnrate also ein, sinke bei Aktionären und Banken die Bereitschaft, zusätzliches Geld als Kapital zur Verfügung zu stellen, weil sich (in der Vergangenheit) gezeigt habe, dass sich dies nicht lohnt. Sei dies der Fall, beginne eine Abwärtsspirale, die Wirtschaft schrumpfe (Binswanger 2009a: 369).

Der Wissenschaftler hat errechnet, wie groß das globale Wachstum mindestens sein muss, um eine solche Abwärtsspirale zu vermeiden: Binswanger legt seiner Rechnung zugrunde, dass Unternehmen, wenn sie Zinsen zurückzahlen, ihr Sichtguthaben reduzieren. Die Banken vermehren durch die Rückzahlung gleichzeitig ihr Eigenkapital, darum kommt es in der Summe zu einem Geldschwund. Dieser müsse durch eine zusätzliche Geldschöpfung ausgeglichen werden. Um diese zu gewährleisten, müsse es ein globales Wachstum von mindestens 1,8 Prozent geben – nur dann würden Aktionäre und Banken durch Gewinne für eingegangene Risiken entschädigt und weiter hinreichend Kapital zur Verfügung stellen. Der Ruf nach andauerndem Wachstum sei also nicht damit zu begründen, dass Renten- oder andere Sozialsysteme etc. andernfalls zusammenbrechen würden, vielmehr ginge es beim Wachstumspostulat um die Funktionsweise der modernen Wirtschaft selbst. Binswanger folgert, dass es nicht um die Aufrechterhaltung einer höchstmöglichen Wachstumsrate, sondern um die Aufrechterhaltung einer minimalen globalen Rate gehen müsse. Zu großes Wachstum steigere nämlich die Gefahr von Krisen. Aus dieser Argumentation leitet der Autor die Frage ab, ob (minimales) Wachstum bis ins Unendliche ausgedehnt werden kann und darf (vgl. Kap. 2.3).

28 Siehe Kap. 2.1 und 2.4.

Für eine stabile Wirtschaft sei es notwendig, dass die Wachstumsraten sinken. Folgende zwei Alternativkonzepte hält der Geldtheoretiker für geeignet, um dies zu erreichen (vgl. Binswanger 2009b: 26):

a) Das „100-Prozent-Geld“-Konzept von Irving Fisher

Die Zentralbank erhält das ausschließliche Recht zur Geldschöpfung, indem die Banken verpflichtet werden, die Sichtguthaben, also das Buch- oder Bankgeld, zu 100 Prozent durch Zentralbankguthaben beziehungsweise Banknoten zu decken. So soll die Geldschöpfung in einem vertretbaren Rahmen gehalten werden (ausführlich Fisher 2007).

b) Reform des Aktienrechts

Binswanger selbst postuliert die Begrenzung der Geltungsdauer der börsennotierten Aktien auf zwanzig bis dreißig Jahre, mit Rückzahlung des ursprünglichen Kapitaleinsatzes nach Ablauf der Geltungsdauer. Dies würde die Steigerung der Aktienwerte automatisch verringern und den oben geschilderten Wachstumsdrang verringern. Für den langfristigen Umbau der Wirtschaft sollten daher Unternehmensformen geschaffen werden, die sich stärker am Stiftungsgedanken und am Genossenschaftsgedanken orientieren, die also nicht an der Börse gehandelt werden und nicht spekulationsanfällig sind (vgl. Binswanger 2009b: 26f.).

4.2 Nullwachstum: Nicht wachsen und nicht schrumpfen

4.2.1 *Der Steady State*

Die Möglichkeit eines Steady State, also einer Volkswirtschaft, die sich in einem (noch näher zu definierenden) stationären Zustand befindet, ist von jeher in der ökonomischen Theorie verankert. Bereits Adam Smith beschrieb einen stationären Zustand, verwarf diesen jedoch: Ausschließlich Wachstum könne Wohlstand gewährleisten, im stationären Zustand herrsche Armut (vgl. Smith 1776: 99). Zahlreiche weitere einflussreiche Ökonomen gingen von der Existenz des Steady State aus (unter anderem Thomas Malthus, Karl Marx, John Stuart Mill, Joseph Schumpeter, John Maynard Keynes), mehrere von ihnen hielten den Zustand im Gegensatz zu Smith für wünschenswert (vgl. Kerschner 2008: 125).

In jüngerer Zeit entwarf Herman Daly,²⁹ der sich den *ecological economists* (vgl. Daly 2004) zugehörig fühlt, ein Konzept des Steady State. Daly, der vom klassischen Ökono-

29 Daly ist Professor an der School of Public Policy der University of Maryland und war zuvor als

men John Stuart Mill beeinflusst und von einem „thermodynamic world view“ (ebd.: 125) geleitet ist, beschreibt seine Idee des Steady State als „an economy that does not grow nor shrink physically in the long run“ (ebd.: 125). Die quantitativen Grenzen des Wachstums leitet der Ökonom aus den ersten beiden Gesetzen der Thermodynamik ab (vgl. Kap. 2.5). Daly charakterisiert den Steady State „as an economy with constant stocks of people and artefacts, maintained at some desired, sufficient levels by low rates of maintenance, throughput“ (Daly 2005: 124). Der Mensch habe stets – von den zurückliegenden zweihundert Jahren abgesehen – in einem solchen System ohne exponentielles Wachstum gelebt.

4.2.1.1 Formale Darstellung des Konzepts

Dalys Überlegungen basieren auf der Annahme, dass (quantitatives) Wachstum ab einem bestimmten Punkt unwirtschaftliche Folgen habe. Um diesen Punkt zu bestimmen, sei es notwendig, Kosten und Nutzen der Ausdehnung der Wirtschaftsleistung getrennt voneinander zu bestimmen und Wachstum nicht in einer aggregierten Größe wie dem BIP zu messen (vgl. Kap. 3).³⁰ Die optimale Größe der Volkswirtschaft, das ökonomische Limit des Wachstums, sei erreicht, wenn marginale Kosten und marginaler Nutzen des Wachstums gleich groß sind (grafische Darstellung: Daly 2005: 134).

Formal stellt Daly (2005: 142) sein Konzept mithilfe dreier Parameter dar – Stock, Service und Throughput:

1. *Stock* is the total inventory of producers' goods, consumers' goods and human bodies. It's correspondent to Fisher's definition of capital (1906) [...].
2. *Service* is the satisfaction experienced when wants are satisfied, or „psychic income“ (Fisher); [...]. The quantity and quality of the stock determine the intensity of service. [...]
3. *Throughput* is the entropic physical flow of matter-energy from nature's sources, through the human economy, and back to nature's sinks, and it is necessary for the maintenance and renewal of stocks [...]. (ebd.: 142)

In der Steady-State-Ökonomie soll der Kapitalstock stets konstant gehalten werden (ausführlicher ebd.: 143f.). Dies beinhaltet eine konstante Zahl an Arbeitskräften, woraus Daly schließt, dass eine konstante Bevölkerungsgröße benötigt werde. Daly „is not afraid of addressing over-population“ (Kerschner 2008: 125). Geburten und Einwanderung einerseits sowie Sterbefälle und Auswanderung andererseits müssten sich im Steady State ausgleichen. Daly kommentiert seine Forderung wie folgt: „It is hard to say which is more politically incorrect, birth limits or immigration limits? Many prefer denial of arithmetic to facing either one“ (Daly 2008: 6).

Senior Economist im Environment Department der Weltbank beschäftigt. Sein Steady-State-Konzept entwarf er erstmals 1977.

30 Auch Miegel fordert, die Kosten des Wachstums in die Wohlfahrtsmessung einzubeziehen (vgl. Miegel 2010: 159ff.).

Die Anforderung im Steady State bestehe erstens darin, ein bestimmtes Level an *Stocks* zu erreichen, das ein befriedigendes Leben ermöglicht und trotzdem nachhaltig ist, sowie zweitens die *Services* zu maximieren und den *Throughput* zu minimieren. Die folgende Formel verdeutlicht diesen Zusammenhang:

$$\frac{\text{Service}}{\text{Throughput}} = \frac{\text{Service}}{\text{Stock}} \times \frac{\text{Stock}}{\text{Throughput}}$$

Das Steady-State-System lasse ausschließlich qualitative Entwicklung (Effizienzsteigerungen), jedoch kein rein quantitatives Wachstum zu. Im Mittelpunkt des Ansatzes stehen die *Stocks*. Aus ihnen können die *Services* erwirtschaftet werden, gleichzeitig ermöglicht ihr Verbleiben auf einem bestimmten Niveau, den *Throughput*, also die Kosten, zu minimieren. Dieser Ansatz lenke den Blick weg von einer „Growthmania“ (ebd.: 6) hin zu einer ernsteren Wahrnehmung des Problems der Ressourcenknappheit.

4.2.1.2 Ökonomische Effekte des Steady State

Aus Perspektive der neoklassischen Ökonomie führt das Fehlen des quantitativen Wachstums zu fundamentalen Problemen, die in Instabilität oder gar im Kollaps des ökonomischen Systems münden müssen. Die sich aus dieser Argumentation ergebenden Bedenken werden im Folgenden genannt und mit den Gegenargumenten der Steady-State-Befürworter kontrastiert:

a) Bricht der Finanzmarkt ohne Wachstum zusammen?

Aus neoklassischer Sicht ist zu befürchten, dass der Aktienmarkt in einer Steady-State-Ökonomie seine Existenzgrundlage verliert. Czech und Daly argumentieren dagegen, dass Unternehmen weiterhin für ihre Investitionen Kapital benötigen würden und zwar in derselben Höhe, in der Kapital seinen Wert verliert. Öffentlich gehandelte Aktien seien weiterhin ein effizienter Mechanismus für die Akquisition von Investitionskapital: „Publicly traded stocks provide the social benefit of liquidity to investors“ (Czech/Daly 2004: 602).

Daly (2008: 9) erörtert, dass der Finanzmarkt seine heutige „enormous superstructure of finance built around future growth expectations“ verlieren würde. Investitionen würden im Steady State Kapitalwertverluste ersetzen und für qualitative Verbesserungen (zum Beispiel technologische Erneuerungen, Effizienzsteigerungen) sorgen. Die enorme Schuldenpyramide würde sich abbauen, die Zentralbanken würden ihren Einfluss zugunsten des privaten Bankensektors erhöhen: „Money would be a true public utility, rather than a by-product of commercial lending and borrowing in pursuit of growth“ (ebd.: 9). Die Banken würden auf ihr Kerngeschäft zurückgeworfen und könnten ledig-

lich das Geld verleihen, das ihnen Sparer anvertraut haben. Das schaffe Sicherheit und verhindere Krisen, die ansonsten beispielsweise durch Sub-Prime-Risiken entstehen könnten (vgl. ebd.: 9f.).

b) Fällt der Zinssatz auf null?

Weil Kapital weiterhin knapp wäre, eine Präferenz für möglichst zeitnahen Konsum bestehe und der Wert der Produktion durch qualitative Entwicklung auch ohne quantitatives Wachstum steige, geht Daly davon aus, dass der Zinssatz zwar fiele – jedoch nicht auf null. Investitionen in qualitative Verbesserungen würden zu einem Wertanstieg führen, aus dem die Zinsen finanziert werden könnten. Dies führe dazu, dass das BIP zwar ansteige, jedoch nicht im selben Maße wie bisher, zudem sei das BIP-Wachstum langfristig beschränkt (vgl. Daly 2005: 7).

c) Gehen im Steady State viele Arbeitsplätze verloren?

Daly begegnet dieser Sorge mit dem Argument, dass in einer Steady-State-Ökonomie arbeitsintensive Sektoren profitieren, weil Instandhaltung und Reparaturarbeiten dort eine größere Rolle spielen würden, was zu weniger Off-Shoring führe und Arbeitsplätze schaffe. Daly plädiert zudem dafür, Mitarbeiter stärker an Unternehmen zu beteiligen, ihr Arbeitseinkommen also durch Einnahmen aus den Anteilen zu ergänzen. Technischer Fortschritt sollte sich für die Arbeitnehmer zudem in Form von mehr Freizeit auszahlen (vgl. ebd.: 7f.).

Grundsätzlich verfüge ein Steady State über eine konstante Beschäftigungsrate. Wie hoch diese ist, hänge unter anderem von dem „throughput per worker“ (Czech/Daly 2004: 600), also der Lohnhöhe und dem Renteneintrittsalter ab: Sinken sie, steigt die Beschäftigungsrate (vgl. ebd.: 600).

d) Kann Armut ohne Wachstum beseitigt werden?

Armut soll im Steady State durch Umverteilung bekämpft werden, indem Minimum- und Maximumeinkommen definiert werden. Daly schlägt vor, dass der Faktor, der beide unterscheidet, in einem ersten Schritt bei 100 liegen sollte, also derjenige, der am meisten verdient, höchstens ein hundertfach höheres Einkommen haben soll als der Schlechtestverdienende (vgl. Daly 2008: 4).

e) Benötigt der Steady State eine sozialistische Regierungsform?

Czech und Daly halten die konstitutionelle Demokratie für die geeignetste Regierungsform, um einen Steady State zu erreichen. Sie präferieren sogenannte „mixed economies“ (Czech/Daly 2004: 602), wie sie in der Schweiz, Schweden oder England vorzufinden sind, in denen der Staat eine stärkere Rolle spielt als in Amerika.³¹

4.2.2 *Leben ohne Wachstum*

4.2.2.1 *Veränderter Lebensstil*

Eine Reihe von Autoren verweisen bei der Frage nach der Möglichkeit von Wohlstand ohne wirtschaftliches Wachstum auf die Notwendigkeit eines veränderten Lebensstils, gemeint ist vor allem eine Abwendung von der Konsumfixierung (vgl. Latouche 2009; Commission 2009: 85ff.; Miegel 2010: 159ff.).

Zu einem solchen Lebensstil gehöre es unter anderem, so die Autoren des Reports „Prosperity without Growth“,³² mehr Zeit mit der Familie und der Pflege von Angehörigen zu verbringen, lokal hergestellte Produkte zu konsumieren, sparsam mit Energie umzugehen und weniger Fernreisen zu unternehmen (vgl. Commission 2009: 9f.). Die Autoren kritisieren, dass die Hinwendung zu diesem – aus ihrer Sicht unterstützenswerten – Lebensstil verhindert werde, „as long as all the messages about high street consumption point in the other direction“ (ebd.: 11). Von Politikern, Unternehmen und Medien werde, beispielsweise bei feierlichen Eröffnungszeremonien großer Kaufhäuser, die Konsumfixierung gefördert, anstatt sie zu bekämpfen. Diese Fixierung zu überwinden, sei auch deshalb mit enormen Schwierigkeiten verbunden, weil materielle Güter in der Konsumgesellschaft die Funktion eines Kommunikationsmittels einnehmen würden, sie seien „a vital language through which we communicate with each other about the things that really matter: family, identity, friendship, community, purpose in life“ (ebd.: 86).

Es sei daher eine Strategie für eine strukturelle Veränderung erforderlich, welche die „social logic of consumerism“ (ebd.: 90) überwinde. Diese Strategie müsse erstens die falschen Anreize für unproduktiven Statuswettbewerb beseitigen sowie zweitens neue Strukturen etablieren, in denen Menschen voll am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können, ohne bestimmte materielle Voraussetzungen erfüllen zu müssen. Der Regierung komme dabei die Aufgabe zu, diesen Wandel durch größere Investitionen in öffentliche Güter zu fördern (vgl. Kap. 4.2.1) und die „social infrastructure“ (Commission 2009: 91) zu verbessern. Eine stärkere Betonung der Gemeinschaft und eine größere Teilhabe

31 Für Er widerungen gegen weitere neoklassisch fundierte Einwände (zum Beispiel die Gefahr des Verlustes von Rentenansprüchen) vergleiche Czech/Daly (2004).

32 Der Report wurde von der britischen *Sustainable Development Commission* erstellt.

am gesellschaftlichen Leben fördere das individuelle Wohlbefinden und damit den gesellschaftlichen Wohlstand.

Auch Meinhard Miegel hält einen Richtungswechsel im Lebensstil für wichtig, da er die Möglichkeiten der materiellen Wohlstandsmehrung als erschöpft ansieht (vgl. Miegel 2010: 165). Wahrer Wohlstand könne im Post-Wachstums-Zeitalter darin bestehen, auf Materielles zu verzichten und mehr Zeit und Kräfte für immaterielle oder soziale Dinge zur Verfügung zu haben, beispielsweise für freiwilliges Privatengagement, ein bewussteres, sinnlicheres Leben oder für seine Kinder. Miegel nennt Maßnahmen, die einen solchen Mentalitätswechsel herbeiführen und Wohlstand auch ohne Wachstum ermöglichen könnten:

- gerechtere Lohnverteilung und keine unnötigen Belastungen des Sozialstaates;
- alle Produktivfaktoren sollen mit Preisen belegt werden (Luft, Wasser etc.), das soll zur relativen Vergünstigung menschlicher Arbeitskraft und folglich sinkender Arbeitslosigkeit führen;
- Neuorganisation der Arbeitswelt: mehr Arbeit zu Hause;
- Umbau des Sozialstaates: da Sozialleistungen ohne Wachstum zwangsläufig sinken, müsse stärkerer Gemeinsinn entfaltet werden;
- Bürgergesellschaft mit freiwilligem Privatengagement – der Staat tritt in den Hintergrund;
- das Bildungssystem soll stärker emotionale und soziale Potenziale der Gesellschaft ansprechen.

Die Abwendung von der Konsumfixierung fordert auch Charles Siegel (2006). Er hält die menschlichen Konsumbedürfnisse in westlichen Wohlstandsstaaten für übererfüllt (vgl. Kap. 2.6). Die notwendige Konsequenz sei eine gesellschaftliche Umorientierung zu einer *No Growth Economy*. Den Wachstumspfad zu verlassen, erfordere sowohl das Handeln der „economic planners“ als auch der Bürger. Erstere müssten sich nicht wie bislang auf die Frage richten, wie möglichst großes Wachstum herbeizuführen sei, sondern auf die „human question of what standard of living we want, which people should decide for themselves“ (ebd.: 1). Sie müssten den Menschen beispielsweise mehr Freiheiten dabei geben, wie viele Wochenstunden Arbeit sie leisten möchten. Die Bürger würden dann freiwillig kürzertreten, die frei werdende Zeit für andere (teilweise gemeinwohlfördernde) Tätigkeiten aufbringen und Ideen entwickeln, wie mit weniger materiellem Wohlstand eine bessere Lebensqualität erreicht werden kann. Durch den freien Markt alleine könne ein solcher Wandel wegen externer Effekte nicht eingeführt werden: „Decisions about these issues have to be made politically. The market does not work, because individuals act on the small benefit to themselves, and they usually disregard environmental and social costs. They often make choices whose net result to society is a loss“ (ebd.).

Siegel entwirft zwar verschiedene Szenarien, die gesellschaftliche Post-Wachstums-Zustände beschreiben, diese sind jedoch wenig ausgearbeitet. Sie leiten sich daraus ab,

welches Konsumniveau, beziehungsweise welches Niveau der ökonomischen Bedürfnisbefriedigung die Menschen für erstrebenswert halten. Kern dieser Szenarien ist die Überlegung, dass Menschen für Konsumverzicht im Gegenzug zusätzliche Freizeit erhalten und diese sinnvoll nutzen können, beispielsweise um ihre Kinder intensiver zu betreuen oder sich aktiv um einen guten Gesundheitszustand zu bemühen, anstatt auf den Konsum beliebig vieler Gesundheitsdienstleistungen zu vertrauen. Ökonomische Fragen, die über die Beschäftigungsproblematik hinausgehen, betrachtet Siegel nicht.

4.2.2.2 *Graswurzelbewegungen*

Mit Blick auf einen veränderten Lebensstil und alternative Wirtschaftsweisen betonen mehrere Autoren die Bedeutung sogenannter Graswurzelbewegungen, die im kleinen Maßstab für neue Formen des Wohlstands sorgen, ohne dabei von Wachstum abhängig zu sein (Lietaert 2008; Köstler 2006).

Die Autoren des „Prosperity without Growth“-Reports (Commission 2009) verweisen auf einige lokal verwurzelte Bewegungen, in denen der erläuterte Lebensstil bereits etabliert sei: die Findhorn Communities in Schottland, Plum Village in Frankreich oder die Transition Towns (nicht länderspezifisch). Diese Gemeinschaften hätten bislang aber nur marginale Bedeutung und wirkten auf viele Menschen wegen ihrer teilweise spirituellen oder religiösen Fundierung abschreckend. Die Degrowth-Bewegung (siehe Kap. 4.2.3), die ebenfalls eine Veränderung des Lebensstils in die beschriebene Richtung postuliert (vgl. Davey 2008), nennt beispielhaft die Cohousing-Initiative (vgl. Kap. 4.3; Lietaert 2008).

Auch in Deutschland existieren Graswurzelinitiativen, die für sich reklamieren, den Wohlstand der Beteiligten zu erhöhen, ohne dabei auf ökonomisches Wachstum angewiesen zu sein. Beispielhaft hierfür stehen Seniorengenossenschaften und Regionalwährungen. Die Idee der Seniorengenossenschaft stammt aus Japan. Die Genossenschaften basieren auf dem Versprechen der Mitglieder, sich gegenseitig im Alltag oder bei kleineren Pflegearbeiten zu unterstützen. Auf einem Zeitkonto können die Mitglieder, solange sie selbst in der Lage sind, Unterstützung zu leisten, Zeitstunden ansparen. Sobald sie selbst auf Hilfe angewiesen sind, können sie diese Stunden gegen Unterstützungsleistungen eintauschen. Dieses Prinzip der Reziprozität, das auf zwischenmenschlichem Vertrauen basiert und de facto nicht zum BIP-Wachstum beiträgt, erfährt in Deutschland wachsenden Zuspruch (ausführlich Köstler 2006). Regionalwährungen sind lokal begrenzte Währungen, die neben dem gesetzlichen Zahlungsmittel verwendet werden (Komplementärwährungen). Das alternative Geld hat ein Verfallsdatum, es muss innerhalb eines bestimmten Zeitraumes ausgegeben werden. Im Gegensatz zu regulären Zahlungsmitteln kann das Geld also nicht angespart werden, es entstehen keine Zinsforderungen, somit besteht auch kein Bedarf, die Geldmenge ständig wachsen zu lassen. Die Regionalwährungen sollen vor allem die regionalen Wirtschaftskreisläufe stärken (ausführlich Kennedy/Lietaert 2004).

4.3 Degrowth: Bewusst schrumpfen

Hinter dem Leitbegriff *degrowth*³³ versammelt sich eine junge und heterogene Bewegung, bestehend aus Wissenschaftlern, Aktivisten und Politikern, die für eine bewusste Abkehr vom Wachstumsdenken und für eine „voluntary, smooth and equitable transition to a regime of lower production and consumption“ (Schneider/Kallis/Martinez-Alier 2010: 511) eintreten. Ein solcher Prozess ermögliche menschlichen Fortschritt auch ohne quantitatives Wachstum.

Ihre Ursprünge hat die Degrowth-Bewegung in Frankreich: Dort erscheint bereits seit dem Jahr 2004 eine Zeitung mit dem Titel „La Décroissance“, in der ursprünglich Essays des rumänischen Ökonomen Nicolas Georgescu-Roegen (siehe Kap. 2.5) veröffentlicht wurden. 2007 wurde in Lyon eine Degrowth-Partei gegründet, Le Parti pour la Décroissance – PPLD (vgl. Baykan 2007; Flipo 2008).³⁴ Den Beitrag der Degrowth-Bewegung zur grünen Politik in Frankreich beschreibt Fournier (2008).

Eine Anbindung an die internationale akademische Diskussion hat der Begriff Degrowth seit der *First International Conference on Economic De-Growth for Ecological Sustainability and Social Equity*, die im April 2008 in Paris stattfand (vgl. Schneider/Kallis/Martinez-Alier 2010: 511). Die dort angeregten Diskussionen wurden im März 2010 bei der zweiten Degrowth-Konferenz vertieft. Vor allem den Schlussfolgerungen der ersten Konferenz ist das Bemühen abzulesen, aus einer vielstimmig formulierten Wachstums-skepsis eine gemeinsame, fundierte Gegenposition zu entwickeln.

4.3.1 Fundierung der Degrowth-Ansatzes

Die Degrowth-Proponenten haben unterschiedliche Hintergründe: „Some are critics of market globalization, new technologies or the imposition of western models of development in the rest of the world“ (ebd.: 511). Die häufigste Begründung für die Wachstumskritik beruht allerdings auf *ökologischen* Bedenken: Unter den Degrowth-Fürsprechern herrscht ein Konsens darüber, dass ökonomisches Wachstum nicht mit ökologischer Nachhaltigkeit vereinbar sei (vgl. Alier 2009; vgl. Kap. 2.3). Es wird bestritten, dass technologischer Fortschritt bei wachsender Wirtschaftsleistung zu geringerem Ressourcenverbrauch und weniger Schadstoffausstoß führen kann (vgl. Max-Neef 1995; May 2008; vgl. Kap. 2.3). Mehrere Autoren begründen ihre Wachstumskritik zudem mit einer Diskrepanz „between production and consumption and social welfare“ (Huppes 2008: 1).³⁵ Ihnen allen ist gemein, dass sie das Bruttoinlandsprodukt als (alleinigen) Indikator für den gesellschaftlichen Wohlstand ablehnen (vgl. Bleys 2008; Bergh 2009;

33 In französischsprachiger Literatur: *décroissance*.

34 In der Literatur ist von keinen nennenswerten Erfolgen dieser Partei die Rede.

35 Ausführlicher zur Entstehung des Degrowth-Ansatzes siehe Flipo (2008).

vgl. Kap. 3). Eher am Rande spielen auch *soziale* Grenzen des Wachstums (vgl. Hirsch 1977) eine Rolle.

4.3.2 *Abgrenzung: Schrumpfung bedeutet nicht automatisch Rezession*

Der Degrowth-Ansatz ist im Kern ein ökonomischer, er umfasst aber auch politische Aspekte sowie Fragen eines bewussteren Lebensstils. Da die Degrowth-Befürworter davon ausgehen, dass die globale Ökonomie, speziell die der westlichen Industrieländer, die Grenzen einer nachhaltigen Wirtschaftsweise überschritten haben, postulieren sie das gezielte Herbeiführen eines gesamtwirtschaftlichen Schrumpfungsprozesses in den westlichen Ländern, der auf einer „collective democratic decision“ (Flipo/Schneider 2008: 511) beruhen soll. Die Einwände der Mainstream-Ökonomie vorausahnend, betonen sie einen fundamentalen Unterschied zwischen einem beabsichtigten und durch politische Maßnahmen begleiteten Degrowth-Prozess und einer unfreiwilligen, nicht steuerbaren Rezession.³⁶ Zielvorstellung des gewollten Negativwachstums ist ein Steady State (vgl. Kap. 4.2.1), in dem menschliche Grundbedürfnisse und eine hohe Lebensqualität gesichert sind, der ökologische Fußabdruck verringert wurde und Wohlstand national und international gleichmäßig verteilt ist (2010: Degrowth Declaration of the Paris 2008 conference).

Der Prozess des Degrowth und der angestrebte Zielzustand werden wie folgt charakterisiert:

- an emphasis on quality of life rather than quantity of consumption;
- the fulfilment of basic human needs for all;
- societal change based on a range of diverse individual and collective actions and policies;
- substantially reduced dependence on economic activity, and an increase in free time, unremunerated activity, conviviality, sense of community, and individual and collective health;
- encouragement of self-reflection, balance, creativity, flexibility, diversity, good citizenship, generosity, and non-materialism;
- observation of the principles of equity, participatory democracy, respect for human rights, and respect for cultural differences. (ebd.: 523)

4.3.3 *Degrowth-Vordenker Serge Latouche*

Ein Vordenker der Degrowth-Bewegung ist der Pariser Ökonom und Philosoph Serge Latouche. Erste Modelle entwarf er 2004 und 2006, in umfassender Form veröffentlichte er seine Degrowth-Konzeption 2009 in seinem Buch „Farewell to Growth“ (Latouche 2009). Darin charakterisiert er den Wachstumsglauben als eine Religion und beschreibt Degrowth als Konzept, das ein Abwenden von diesem Glauben ermöglicht. Seine Zielvorstellung ist eine postindustrielle Ökonomie, in der Menschen weniger vom Markt

36 Zu den divergierenden Auswirkungen vgl. Kap. 4.1.1.

abhängig sind und in der sie ihre *wahren* Bedürfnisse befriedigen können (vgl. Latouche 2010: 521). Um diesen gesellschaftlichen Zustand zu erreichen, sei es notwendig, folgende sieben „Res“ umzusetzen (vgl. Latouche 2009):

1. Re-evaluate: Latouche fordert eine Neuausrichtung der Werte, er wünscht sich Altruismus statt Egoismus, Kooperation statt unbegrenzten Wettbewerb, Selbstbestimmung statt Fremdbestimmung, Einklang mit der Natur statt Herrschaft über die Natur.
2. Re-conceptualize: Das Konzept von Wohlstand und Armut müsse neu definiert werden. Ökonomie in ihrer jetzigen Form transformiere natürliche Fülle in künstliche Knappheiten, zum Beispiel, indem sich Unternehmen öffentliche Güter zu eigen machen (Privatisierung von Wasser).
3. Re-structure: Der Kapitalismus müsse überwunden, der Produktionsapparat den veränderten Werten angepasst werden.
4. Re-distribute: Die Restrukturierung habe automatisch die Umverteilung von Wohlstand und Zugang zu natürlichen Gütern zur Folge (global und innerhalb der Einzelgesellschaft).
5. Re-localize: Es soll vermehrt auf lokaler Basis produziert werden.
6. Re-duce: Reduziert werden soll der „Überkonsum“ und damit der Schaden für die Biosphäre. Das betrifft zum Beispiel den Massentourismus, insbesondere Fernreisen.
7. Re-use/Re-cycle: Die Möglichkeiten zur Wiederverwertung sollten stärker genutzt werden.

Wären diese Bedingungen erfüllt, entstünde ein neuer Wohlstand ohne quantitatives Wachstum.

4.3.4 *Degrowth auf der Mikroebene*

Auf der Mikroebene beschäftigen sich Degrowth-Befürworter einerseits mit Fragen eines zu verändernden Lebensstils beziehungsweise Bewusstseins, andererseits mit Graswurzelbewegungen, die einem solchen Lebensstil entsprechen. Eines von vielen Beispielen für eine solche Initiative ist die Cohousing-Bewegung (vgl. Lietaert 2008), hinter der sich Nachbarschaftsnetzwerke verbergen, „that creatively mixed private and common dwellings to recreate a sense of community and useful networked relationships, while preserving a high degree of individual privacy“ (ebd.: 68).

4.3.5 *Degrowth auf der Makroebene*

Ein erheblicher Teil der Degrowth-Literatur erschöpft sich in der Kritik des Wachstumsansatzes und der Formulierung eines – aus Sicht der Autoren – wünschenswerten Alternativzustandes. Was dem Degrowth-Ansatz bislang fehlt, ist ein makroökonomischer Überbau, der analysiert, was in einer Gesellschaft mit schrumpfender Wirtschafts-

leistung auf sozialer, politischer und institutioneller Ebene passiert und wie mögliche negative Konsequenzen verhindert und aufgefangen werden können.

Den Degrowth-Proponenten ist bewusst, dass anhaltendes Negativwachstum, wenn es ohne wirtschafts- und soziopolitische Begleitmaßnahmen erfolgt, zur wirtschaftlichen Depression führt, die schnell zu einem „hot social, economic and political problem“ (Matutinovi 2008: 1) werden kann.

Schriebl et al. (2008) unternehmen einen ersten Versuch, Maßnahmen zu benennen, die solche Negativfolgen verhindern sollen. Die Autoren betonen unter anderem, dass es notwendig sei, den kleiner werdenden ökonomischen Wohlstand gleichmäßiger zu verteilen, um Armutsprobleme zu vermeiden. Gleichzeitig müsse der Prozess mit einem Bewusstseinswandel einhergehen: Der geringer werdende Ressourcenverbrauch, aber auch der sinkende materielle Wohlstand müsse in der Gesellschaft mit positiven Bildern und Werten besetzt werden.

Diese Forderung korrespondiert mit der These Mattheys, dass Negativwachstum besser akzeptiert wird, wenn in der täglichen Lebensumgebung die Betonung materieller Ziele abnimmt (vgl. Matthey 2010). Abdallah und Thompson weisen jedoch darauf hin, dass eine Vielzahl psychologischer Barrieren einer positiven Deutung materieller Verluste entgegenstehe:

[C]ognitive biases (e.g. loss aversion, endowment effects) and problems of affective forecasting, the role played by social norms and values in construing self identity, and the difficulties posed by mass action problems. The enticing vision of low-consumption, high well-being lifestyles can be realised only to the extent that these psychological barriers can be overcome. (Abdallah/Thompson 2008: 236)

Mit Blick auf das politische System analysiert Deriu (2008), welche Auswirkungen Degrowth auf die Demokratie hat, beziehungsweise mit welchen vier Problemen das demokratische System im Transformationsprozess konfrontiert wird:

The first one concerns the *consensus-consumption nexus*, that is the implicit link between socio-political balance and the maintenance of a growth society, both at a material and at a symbolic level;
 The second one refers to the effective conditions and possibility for a *democratic participation*, in a period when the political institutions lose their power, in front of external decisional arenas;
 The third one concerns the *ties of democratic power*, that is the relation between democratic legitimacy, and environmental, social and generational limits;
 The fourth one refers to the *temporal coordinates* of the democratic politics, that is the time frames on which the democratic discussion and decision system is based. (Deriu 2008: 1)

4.3.6 Weiterentwicklung des Degrowth-Ansatzes

Bei der zweiten Degrowth-Konferenz im Jahr 2010³⁷ in Barcelona standen – gegenüber der ersten Konferenz – vermehrt konkrete Fragen auf dem Programm, die die im vorangehenden Kapitel beschriebenen blinden Flecken des Konzepts betreffen. In den Arbeitsgruppen ging es um die Zukunft der Pensionen und des Finanzsystems, die Bedeutung der Bevölkerungsgröße, um makroökonomische Modelle, die mit dem Degrowth-Ansatz korrespondieren, Fragen der Währungs- und Handelspolitik und Strategien zur politischen Implementierung. Hierzu wurden allerdings lediglich Konzeptpapiere mit wenigen inhaltlichen Stichpunkten präsentiert.

Zu den Stärken des bislang sehr breit und offen gefassten Konzepts zählt, dass es viele verschiedene Ansätze und einen gemeinsamen Leitbegriff vereint und der Ansatz nicht nur wissenschaftlich, sondern auch politisch – bei Aktivisten und in Graswurzelbewegungen – verankert ist.

5 Fazit

Diese Arbeit hat einen Überblick über die Literatur zur Frage nach der Möglichkeit von Wohlstand ohne ökonomisches Wachstum geliefert und dabei den Schwerpunkt auf Veröffentlichungen der vergangenen zehn Jahre gelegt. Die Veröffentlichungen sind dabei in die drei Themenfelder Wachstumskritik, Wohlstandsmessung und Alternativkonzepte unterteilt worden. In den beiden erstgenannten Themenfeldern ist die Annahme, dass der Zusammenhang zwischen gesellschaftlichem Wohlstand und ökonomischem Wachstum schwach, in hoch entwickelten Ländern gar vernachlässigbar ist, von elementarer Bedeutung. Aus dieser Erkenntnis leiten sich Wachstumskritik und die Forderung nach neuen Wohlstandsindikatoren ab, die sozioökonomische Faktoren oder das subjektive Wohlbefinden stärker berücksichtigen sollen.

Ein bemerkenswertes Ergebnis dieser Literaturrecherche besteht darin, dass trotz der vielfach angenommenen und empirisch bestätigten Entkopplung von Wohlstand und Wachstum die wissenschaftlichen Bestrebungen, ein ökonomisches Alternativkonzept zum Wachstumsmodell zu entwerfen, das den neu definierten Wohlstandsanforderungen (vgl. Kap. 3) gerecht wird, überschaubar sind. Auffallend ist, dass selbst diejenigen, die alternative Wohlstandsindikatoren entwickeln, diese in aller Regel weder mit alternativen makroökonomischen Ansätzen verknüpfen noch die Auswirkungen eines alternativen Wohlstandstrebens innerhalb des bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsrahmens analysieren.

37 Siehe <http://www.degrowth.eu> (Zugriff 19.12.2010).

Die relevantesten Ausnahmen sind Peter Victors LowGrow-Modell sowie der (noch heterogene) Degrowth-Ansatz. Beide formulieren die Forderung nach einem neuen, bewussteren Lebensstil jenseits der Konsummaximierung – gehen aber über diese hinaus. Sie beziehen die sozialen und ökonomischen Konsequenzen eines schrumpfenden Bruttosozialprodukts in die Konzeption ein. Die Stärke des LowGrow-Ansatzes besteht dabei in seiner formalen Nähe zu bestehenden makroökonomischen Modellen, die den Ansatz einer wissenschaftlichen Erörterung zugänglich macht. Die Stärke des Degrowth-Ansatzes besteht in seiner breiten Verwurzelung (Politik, Forschung, Bürgerbewegungen) sowie der wachsenden wissenschaftlichen Aufmerksamkeit für das Thema, die sich unter anderem in den beiden Degrowth-Konferenzen (2008, 2010) mit den daraus folgenden Veröffentlichungen manifestiert.

Beiden Konzepten ist die Forderung nach einer deutlichen Reduktion der Arbeitszeit gemein. Die Frage nach den sozialen und ökonomischen Folgen einer Arbeitszeitverkürzung scheint zentral für die Möglichkeit von Wohlstand ohne Wachstum. Steigt tatsächlich die Bereitschaft für ehrenamtliches Engagement und gemeinschaftsförderndes Handeln? Die empirischen Erkenntnisse hierzu werden allerdings bislang nur am Rande in die bestehenden Konzeptionen einbezogen. So fehlt es zwar nicht an alternativen Gesellschaftsmodellen, jedoch sehr wohl an einer systematischen, empirischen Begleitung und der makroökonomischen Modellierung dieser Alternativen. Die eingangs zitierte Frage, „[w]ie Demokratie funktionieren könnte, wenn die Wirtschaft wirklich dauerhaft schrumpfte“ (Pinzler 2010), beantworten die bisherigen Konzepte nur in Ansätzen, sie sollte Inhalt weiterer Forschung sein.

Literatur

- 2010: *Degrowth Declaration of the Paris 2008 conference*. First International Conference on Economic De-Growth for Ecological Sustainability and Social Equity, Paris, 18.–19. April 2008. In: *Journal of Cleaner Production* 18, 523–524.
- Abdallah, Saamah/Sam Thompson, 2008: Psychological Barriers to De-Growth: Values Mediate the Relationship Between Well-being and Income. In: Fabrice Flipo/François Schneider (Hg.), *Proceedings of the First International Conference on Economic De-Growth for Ecological Sustainability and Social Equity, Paris, 18.–19. April 2008*. Paris: Degrowth Network, 236–242.
- Abdallah, Saamah/Sam Thompson/Nic Marks, 2008: Estimating Worldwide Life Satisfaction. In: *Ecological Economics* 65, 35–47.
- Abraham, Katharine/Christopher Mackie, 2005: *Beyond the Market*. Washington, D.C.: National Academies Press.
- Afsa, Cédric, et al., 2008: *Survey of Existing Approaches to Measuring Socio-economic Progress*. Background Paper for the First Meeting of CMEPSP (Stiglitz-Commission).
- Agence France-Presse, 2009: Wachstum plus Glück plus saubere Luft – EU will Monopol des BIP als Fortschrittsbarometer brechen. Meldung vom 8. September 2009.
- Alier, Joan Martinez, 2009: Socially Sustainable Economic De-Growth. In: *Development and Change* 40, 1099–1119.

- Ayres, Robert U., 1998: Eco-Thermodynamics: Economics and the Second Law. In: *Ecological Economics* 26, 189–209.
- , 1996: Limits to the Growth Paradigm. In: *Ecological Economics* 19, 117–134.
- , 1999: The Second Law, the Fourth Law, Recycling and Limits to Growth. In: *Ecological Economics* 29, 473–483.
- , 2006: Turning Point: The End of Exponential Growth? In: *Technological Forecasting and Social Change* 73, 1188–1203.
- , 2008: Sustainability Economics: Where Do We Stand? In: *Ecological Economics* 67, 281–310.
- Ayres, Robert U./Jeroen C. J. M. van den Bergh, 2005: A Theory of Economic Growth with Material/energy Resources and Dematerialization: Interaction of Three Growth Mechanisms. In: *Ecological Economics* 55, 96–118.
- Bandura, Romina, 2008: *A Survey of Composite Indices Measuring Country Performance: 2006 Update*. UNDP/ODS Working Paper. New York: Office of Development Studies, United Nations Development Programme.
- Baumol, William J./Robert E. Litan/Carl J. Schramm, 2007: *Good Capitalism, Bad Capitalism and the Economics of Growth and Prosperity*. New Haven, CT: Yale University Press.
- Baykan, Baris Gencer, 2007: From Limits to Growth to Degrowth Within French Green Politics. In: *Environmental Politics* 16(3), 513–517.
- Beça, Pedro/Rui Santos, 2010: Measuring Sustainable Welfare: A New Approach to the ISEW. In: *Ecological Economics* 69, 810–819.
- Bergh, Jeroen C. J. M. van den, 2009: The GDP Paradox. In: *Journal of Economic Psychology* 30, 117–135.
- Binswanger, Hans Christoph, 2009a: *Die Wachstumsspirale*. Marburg: Metropolis.
- , 2009b: Wege aus der Wachstumsfalle. In: *Vorgänge – Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik* 186(2), 23–27.
- Blanchet, Didier/Oliver Simon/Marguerite Sylvander, 2007: L'évolution des niveaux de vie, de la productivité et du bien-être en longue période. In: INSEE (Hg.), *L'économie Française: Comptes et dossiers, Edition 2007*. Paris: INSEE (Institut national de la statistique et des études économiques).
- Blanchflower, David G./Andrew J. Oswald, 2004: Well-Being over Time in Britain and the USA. In: *Journal of Public Economics* 88, 1359–1386.
- Bleys, Brent, 2005: *Alternative Welfare Measures*. Brussel: Vrije Universiteit Brussel, Department for Mathematics, Operational Research, Statistics and Information Systems for Management.
- , 2008: *A Simplified Index of Sustainable Economic Welfare for France, 1980–2006*. In: Fabrice Flipo/François Schneider (Hg.), *Proceedings of the First International Conference on Economic De-Growth for Ecological Sustainability and Social Equity, Paris, 18.–19. April 2008*. Paris: Degrowth Network, 113–117.
- Boarini, Romina/Asa Johansson/Marco Mira d'Ercole, 2006: *Alternative Measures of Well-Being*. OECD Economics Department Working Papers 476. Paris: OECD.
<<http://www.sourceoecd.org/10.1787/832614168015>>
- Bosch, Gerhard, 2000: Working Time Reductions, Employment Consequences and Lessons from Europe. In: Lonnie Golden/Deborah M. Figart (Hg.), *Working Time, International Trends, Theory and Policy Perspectives*. London: Routledge, 177–211.
- Clarke, Matthew/Sardar M. N. Islam, 2005: Diminishing and Negative Welfare Returns of Economic Growth: An Index of Sustainable Economic Welfare (ISEW) for Thailand. In: *Ecological Economics* 54, 81–93.
- Cleveland, Cutler J./Matthias Ruth, 1997: When, Where, and by How Much Do Biophysical Limits Constrain the Economic Process? A Survey of Nicholas Georgescu-Roegen's Contribution to Ecological Economics. In: *Ecological Economics* 22, 203–223.
- Cobb, Clifford W./John B. Cobb, 1994: *The Green National Product*. Lanham: University Press of America.
- Cobb, John B./Herman E. Daly, 1989: *For the Common Good, Redirecting the Economy toward Community, the Environment and a Sustainable Future*. Boston: Beacon Press.

- Commission, UK Sustainable Development, 2009: *Prosperity Without Growth? The Transition to a Sustainable Economy*. London: Sustainable Development Commission.
<<http://www.sd-commission.org.uk/publications.php?id=914>>
- Czech, Brian/Herman E. Daly, 2004: The Steady State Economy: What It Is, Entails, and Connotes. In: *Wildlife Society Bulletin* 32, 598–605.
- Daly, Herman E., 2004: Ecological Economics: The Concept of Scale and Its Relation to Allocation, Distribution, and Uneconomic Growth. In: Edward Fullbrook (Hg.), *What's Wrong with Economics*. London: Anthem Press, 247–261.
- , 2005: The Concept of a Steady-State Economy. In: Michael Redclift (Hg.), *Sustainability*. London: Routledge, 121–156.
- , 2008: *A Steady-State Economy*. London: Sustainable Development Commission.
- Davey, Brian, 2008: *The De-Growth Economy and Lifestyles*. In: Fabrice Flipo/François Schneider (Hg.), *Proceedings of the First International Conference on Economic De-Growth for Ecological Sustainability and Social Equity, Paris, 18.–19. April 2008*. Paris: Degrowth Network, 282–285.
- Denkwerk Zukunft, 2010: *Alternative Wohlstandsindikatoren*. Bonn: Denkwerk Zukunft.
<<http://www.denkwerkzukunft.de/index.php/aktivitaeten/index/Indikator%20Juni%202010>>
- Deriu, Marco, 2008: *Degrowth and Democracy: Towards a Post-developmental Politics*. Konferenzbeitrag. First International Conference on Economic De-Growth for Ecological Sustainability and Social Equity, Paris, 18.–19. April 2008.
- Diener, Ed, 2006: Guidelines for National Indicators of Subjective Well-Being and Ill-Being. In: *Journal of Happiness Studies* 7, 397–404.
- Dolan, Paul/Tessa Peasgood/Mathew White, 2008: Do We Really Know What Makes Us Happy? A Review of the Economic Literature on the Factors Associated with Subjective Well-being. In: *Journal of Economic Psychology* 29, 94–122.
- Easterlin, Richard A., 1995: Will Raising the Incomes of All Increase the Happiness of All? In: *Journal of Economic Behavior & Organization* 27, 35–47.
- England, Richard W., 1998: Measurement of Social Well-Being: Alternatives to Gross Domestic Product. In: *Ecological Economics* 25, 89–103.
- Ferrer-i-Carbonell, Ada, 2005: Income and Well-Being: An Empirical Analysis of the Comparison Income Effect. In: *Journal of Public Economics* 89, 997–1019.
- Fisher, Irving, 2007: *100%-Money*. Kiel: Verlag für Sozialökonomie.
- Flipo, Fabrice 2008: *Conceptual Roots of Degrowth*. In: Fabrice Flipo/François Schneider (Hg.), *Proceedings of the First International Conference on Economic De-Growth for Ecological Sustainability and Social Equity, Paris, 18.–19. April 2008*. Paris: Degrowth Network, 24–28.
- Flipo, Fabrice/François Schneider (Hg.), 2008: *Proceedings of the First International Conference on Economic De-Growth for Ecological Sustainability and Social Equity, Paris, 18.–19. April 2008*. Paris: Degrowth Network.
- Fournier, Valérie, 2008: Escaping from the Economy: The Politics of Degrowth. In: *International Journal of Sociology and Social Policy* 28, 528–545.
- Fukawa, Hisashi, 2008: Poverty among the Elderly. In: Florian Coulmas et al. (Hg.), *The Demographic Challenge: A Handbook about Japan*. Leiden: Brill, 822–839.
- Gadrey, Jean, 2004: What's wrong with GDP and Growth? The Need for Alternative Indicators. In: Edward Fullbrook (Hg.), *A Guide to What's Wrong with Economics*. London: Anthem Press.
- Gadrey, Jean/Florence Jany-Catrice, 2006: *The New Indicators of Well-Being and Development*. New York: Palgrave Macmillan.
- Georgescu-Roegen, Nicholas 1971: *The Entropy Law and the Economic Process*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Helliwell, John F., 2003: How's Life? Combining Individual and National Variables to Explain Subjective Well-Being. In: *Economic Modelling* 20, 331–360.
- Hirsch, Fred 1977: *Social Limit to Growth*. London: Routledge & Kegan Paul.
- Huppel, Gjalte 2008: *Why Growth? Causes, Welfare Fallacies and How to Repair Them*. Konferenzbeitrag. First International Conference on Economic De-Growth for Ecological Sustainability and Social Equity, Paris, 18.–19. April 2008.

- Jackson, Tim, 2008: Where Is the „Wellbeing Dividend“? Nature, Structure and Consumption Inequalities. In: *Local Environment* 13, 703–723.
- Kawase, Akihiro/Seiritsu Ogura, 2008: Macroeconomic Impact. In: Florian Coulmas et al. (Hg.), *The Demographic Challenge: A Handbook about Japan*. Leiden: Brill, 822–839.
- Kennedy, Margit/Bernard A. Lietaert, 2004: *Regionalwährungen: Neue Wege zu nachhaltigem Wohlstand*. München: Riemann.
- Kerschner, Christian, 2008: *Economic De-Growth vs. the Steady State Economy: Complements or Contradiction*. In: Fabrice Flipo/François Schneider (Hg.), *Proceedings of the First International Conference on Economic De-Growth for Ecological Sustainability and Social Equity, Paris, 18.–19. April 2008*. Paris: Degrowth Network, 125–130.
- Köstler, Ursula, 2006: *Seniorenengossenschaften – Stabilitätseigenschaften und Entwicklungsperspektiven*. Berlin: LIT.
- Latouche, Serge, 2009: *Farewell to Growth*. Cambridge: Polity Press.
- , 2010: Degrowth. In: *Journal of Cleaner Production* 18, 519–522.
- Lawn, Philip A., 2003: A Theoretical Foundation to Support the Index of Sustainable Economic Welfare (ISEW), Genuine Progress Indicator (GPI), and other Related Indexes. In: *Ecological Economics* 44, 105–118.
- Layard, Richard, 2003: The Secrets of Happiness. In: *New Statesman* 132, 25.
- Lietaert, Matthieu, 2008: *Enabling Degrowth at the Neighbourhood Level. Analysis of the Cohousing Movement*. In: Fabrice Flipo/François Schneider (Hg.), *Proceedings of the First International Conference on Economic De-Growth for Ecological Sustainability and Social Equity, Paris, 18.–19. April 2008*. Paris: Degrowth Network, 68–77.
- Matthey, Astrid, 2010: Less is More: The Influence of Aspirations and Priming on Well-Being. In: *Journal of Cleaner Production* 18, 567–570.
- Matutinovi, Igor, 2008: *De-Growth: Addressing Cultural and Institutional Constraints*. Konferenzbeitrag. First International Conference on Economic De-Growth for Ecological Sustainability and Social Equity, Paris, 18.–19. April 2008.
- Max-Neef, Manfred, 1995: Economic Growth and Quality of Life: A Threshold Hypothesis. In: *Ecological Economics* 15, 115–118.
- May, Peter H., 2008: *Overcoming Contradictions between Growth and Sustainability: Institutional Innovation in the BRICS*. In: Fabrice Flipo/François Schneider (Hg.), *Proceedings of the First International Conference on Economic De-Growth for Ecological Sustainability and Social Equity, Paris, 18.–19. April 2008*. Paris: Degrowth Network, 147–155.
- Meadows, Dennis, et al., 1972 *The Limits to Growth*. New York: Universe Books.
- Meadows, Donella/Jorgen Randers/Dennis Meadows, 2004: *Limits to Growth – The 30-Year Update*. London: Earthscan.
- Miegel, Meinhard, 2010: *Exit: Wohlstand ohne Wachstum*. Berlin: Propyläen.
- NEF, 2009: *National Accounts of Wellbeing – Bringing Real Wealth into the Balance Sheet*. London: New Economic Foundation.
- Neumayer, Eric, 1999: The ISEW: Not an Index of Sustainable Economic Welfare. In: *Social Indicators Research* 48, 77–101.
- , 2000: On the Methodology of ISEW, GPI and Related Measures: Some Constructive Suggestions and Some Doubt on the ‚threshold‘ Hypothesis. In: *Ecological Economics* 34, 347–361.
- Nordhaus, William D., 2008: *A Question of Balance*. New Haven: Yale University Press.
- Nordhaus, William D./James Tobin, 1973: Is Growth Obsolete? In: Milton Moss (Hg.), *The Measurement of Economic and Social Performance*. Cambridge, MA: National Bureau of Economic Research.
- Ogawa, Naohiro, 2008: Population Ageing and Economic Growth: The Role of Two Demographic Dividends in Japan. In: Florian Coulmas et al. (Hg.), *The Demographic Challenge: A Handbook about Japan*. Leiden: Brill, 822–839.
- Ohtake, Fumio, 2008: The Aging Society and Economic Inequality. In: Florian Coulmas et al. (Hg.), *The Demographic Challenge: A Handbook about Japan*. Leiden: Brill, 822–839.

- Pinzler, Petra, 2010: Wachstums skeptisch. In: *Die Zeit*.
<<http://www.zeit.de/2010/34/Emnid-Umfrage>>
- Porritt, Jonathon, 2005: *Capitalism – as if the World Matters*. London: Earthscan.
- Rezai, Armon, 2009: *Recast DICE: On the Economics of Global Warming*. Department of Economics Working Paper Series 2009-1. New York: The New School for Social Research.
- Schneider, François/Giorgos Kallis/Joan Martinez-Alier, 2010: Crisis or Opportunity? Economic Degrowth for Social Equity and Ecological Sustainability. Introduction to this Special Issue. Konferenzbeitrag. First International Conference on Economic De-Growth for Ecological Sustainability and Social Equity, Paris, 18.–19. April 2008. In: *Journal of Cleaner Production* 18, 511–518.
- Schriefl, Ernst, et al., 2008: *On the Way towards a De-Growth Society: A Review of Transformation Scenarios and Desirable Visions of the Future*. In: Fabrice Flipo/François Schneider (Hg.), *Proceedings of the First International Conference on Economic De-Growth for Ecological Sustainability and Social Equity, Paris, 18.–19. April 2008*. Paris: Degrowth Network, 258–268.
- Siegel, Charles, 2006: *The End of Economic Growth*. Berkeley, CA: The Preservation Institute.
<<http://www.preservenet.com/endgrowth/EndGrowth.html>>
- Smith, Adam, 1776: *An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations*. Oxford: Clarendon Press.
- Stiglitz, Joseph E./Amartya Sen/Jean-Paul Fitoussi, 2009: *Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress*. Paris.
<http://www.stiglitz-sen-fitoussi.fr/documents/rapport_anglais.pdf>
- Stillwell, Frank/Kirrily Jordan, 2007: Economic Inequality and (Un)happiness. In: *Social Alternatives* 26, 16–21.
- van den Bergh, Jeroen C. J. M., 2005: *Abolishing GDP*. Tinbergen Institute Discussion Papers 07-019/3. Rotterdam: Tinbergen Institute.
- Veenhoven, Ruut, 2005: Inequality of Happiness in Nations. In: *Journal of Happiness Studies* 6, 351–355.
- Vemuri, Amanda W./Robert Costanza, 2006: The Role of Human, Social, Built, and Natural Capital in Explaining Life Satisfaction at the Country Level: Toward a National Well-Being Index (NWI). In: *Ecological Economics* 58, 119–133.
- Victor, Peter, 2008a: *Managing without Growth*. London: Sustainable Development Commission.
——, 2008b: *Managing Without Growth – Slower by Design not Disaster*. Cheltenham: Edward Elgar.
- Victor, Peter A./Gideon Rosenbluth, 2007: Managing without Growth. In: *Ecological Economics* 61, 492–504.
- Vogt, Gabriele, 2006: *Doors Wide Shut? The Current Discourse on Labor Migration to Japan*. Working Paper 06/3. Tokio: Deutsches Institut für Japanstudien (DIJ).
- Wirtschaftsblatt, 2009: Bhutan auf der Suche nach dem Glück. In: *Wirtschaftsblatt*, 27. Juli 2009.
- Yashiro, Naohiroi, 2008: Economic Factors in the Declining Birth Rate. In: Florian Coulmas et al. (Hg.), *The Demographic Challenge: A Handbook about Japan*. Leiden: Brill, 822–839.

Recent Titles in the Publication Series of the MPIfG

MPIfG Discussion Papers

DP 10/15
W. Streeck
Taking Capitalism Seriously:
Toward an Institutional
Approach to Contemporary
Political Economy

DP 10/14
H. Callaghan, P. Lagneau-Ymonet
**The Phantom of Palais
Brongniart:** „Economic
Patriotism“ and the Paris Stock
Exchange

DP 10/13
L. Gruss., G. Piotti
Blurring the Lines: Strategic
Deception and Self-Deception
in Markets

DP 10/12
W. Streeck
**E Pluribus Unum? Varieties and
Commonalities of Capitalism**

DP 10/11
M. R. Busemeyer, M. A.
Cattaneo, S. C. Wolter
**Individual Policy Preferences
for Vocational versus Academic
Education:** Micro Level Evidence
for the Case of Switzerland

DP 10/10
S. Freye
Germany's New Top Managers?
The Corporate Elite in Flux,
1960–2005

MPIfG Working Papers

WP 10/8
R. Mayntz
**Die transnationale Ordnung
globalisierter Finanzmärkte:**
Was lehrt uns die Krise?

WP 10/7
J. Beckert
Are We Still Modern?
Inheritance Law and the
Broken Promise of the
Enlightenment

WP 10/6
S. Neckel
**Refeudalisierung der
Ökonomie:** Zum Struktur-
wandel kapitalistischer
Wirtschaft

WP 10/5
R. Mayntz
**Legitimacy and Compliance in
Transnational Governance**

WP 10/4
S. Kirchner
**Organizational Identities
and Institutions:** Dynamics of
the Organizational Core as a
Question of Path Dependence

WP 10/3
W. Streeck, D. Mertens
An Index of Fiscal Democracy

WP 10/2
M. Höpner
**Warum betreibt der
Europäische Gerichtshof
Rechtsfortbildung?** Die
Politisierungshypothese

MPIfG Books

P. Klages
**Wirtschaftliche Interessen
und juristische Ideen:** Die
Entwicklung des Aktienrechts
in Deutschland und den USA
Campus, 2010

M. Lutter
Märkte für Träume:
Die Soziologie des Lottospiels
Campus, 2010

S. Münnich
Interessen und Ideen:
Die Entstehung der
Arbeitslosenversicherung in
Deutschland und den USA
Campus, 2010

P. Aspers
Orderly Fashion:
A Sociology of Markets
Princeton University Press, 2010

M.-L. Djelic, S. Quack (eds.)
Transnational Communities:
Shaping Global Economic
Governance
Cambridge University Press,
2010

B. Apitzsch
**Flexible Beschäftigung,
neue Abhängigkeiten:**
Projektarbeitsmärkte und
ihre Auswirkungen auf
Lebensverläufe
Campus, 2010

F. W. Scharpf
Community and Autonomy:
Institutions, Policies and
Legitimacy in Multilevel Europe
Campus, 2010

Ordering Information

MPIfG Discussion Papers

Order printed copies from the MPIfG (you will be billed) or download PDF files from the MPIfG website (free).

MPIfG Working Papers

Order printed copies from the MPIfG (you will be billed) or download PDF files from the MPIfG website (free).

MPIfG Books

At bookstores; abstracts on the MPIfG website.

www.mpifg.de

Go to *Publications*.

New Titles

Consult our website for the most complete and up-to-date information about MPIfG publications and publications by MPIfG researchers. To sign up for newsletters and mailings, please go to *Service* on the MPIfG website. Upon request to info@mpifg.de, we will be happy to send you our Recent Publications brochure.

ERPA

MPIfG Discussion Papers and MPIfG Working Papers in the field of European integration research are included in the *European Research Papers Archive (ERPA)*, which offers full-text search options: <http://eiop.or.at/erpa>.

Das Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung ist eine Einrichtung der Spitzenforschung in den Sozialwissenschaften. Es betreibt anwendungsorientierte Grundlagenforschung mit dem Ziel einer empirisch fundierten Theorie der sozialen und politischen Grundlagen moderner Wirtschaftsordnungen. Im Mittelpunkt steht die Untersuchung der Zusammenhänge zwischen ökonomischem, sozialem und politischem Handeln. Mit einem vornehmlich institutionellen Ansatz wird erforscht, wie Märkte und Wirtschaftsorganisationen in historisch-institutionelle, politische und kulturelle Zusammenhänge eingebettet sind, wie sie entstehen und wie sich ihre gesellschaftlichen Kontexte verändern. Das Institut schlägt eine Brücke zwischen Theorie und Politik und leistet einen Beitrag zur politischen Diskussion über zentrale Fragen moderner Gesellschaften.

The Max Planck Institute for the Study of Societies conducts advanced basic research on the governance of modern societies. It aims to develop an empirically based theory of the social and political foundations of modern economies by investigating the interrelation between economic, social and political action. Using primarily an institutional approach, it examines how markets and business organizations are embedded in historical-institutional, political and cultural frameworks, how they develop, and how their social contexts change over time. The institute seeks to build a bridge between theory and policy and to contribute to political debate on major challenges facing modern societies.

